

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6019.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer über deren Raum 40 Pf., für Veretins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. | Donnerstag, den 13. Dezember 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Das neue Sozialistengesetz.

Schon auf diese Ueberschrift hin könnten wir, wenn die Umsturzvorlage der Regierung bereits Gesetz wäre, mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft werden. Denn in der dem Umsturzgesetz beigegebenen Begründung heißt es ausdrücklich, daß die neuen Strafbestimmungen sich nicht gegen Parteien, sondern gegen die einzelnen Personen richten, die gegen die Strafbestimmungen verstoßen. Man würde uns also haarscharf beweisen können, daß wir, indem wir die Umsturzvorlage ein „neues Sozialistengesetz“ nannten, erdichtete oder entstellte Thatsachen behauptet haben, um dadurch Staatsrichtungen verächtlich zu machen, und daß wir von diesen Behauptungen wissen oder den Umständen nach annehmen mußten, daß sie erdichtet waren.

Nun, bis jetzt ist die Vorlage nicht Gesetz, und vorläufig nehmen wir „den Umständen nach“ an, aber sehr bestimmt an, daß mit dem Gesetz ein Schlag fast ausschließlich gegen die aufstrebende Sozialdemokratie geführt werden soll. Denn die Sozialdemokratie ist es ja fast allein, von der sich die bürgerliche Gesellschaft und von der sich der Staat dieser Gesellschaft bedroht fühlen. Was die Begründung des Gesetzentwurfs sonst noch anführt von Anarchisten, Bomben, Kasernenagitation u. dgl., das ist doch nicht ernst zu nehmen. Bisher gibt es eben in Deutschland keine bombenwerfenden Anarchisten (nicht zum wenigsten dank der Sozialdemokratie, die die Arbeiterschaft auf vernünftigeren Bahnen lenkt), giebt es keine revolutionäre Agitation in Kasernen, und was die erwähnten Gesetzesmotive von solchen Dingen erzählen, das ist bei den Haaren herbeigezogen, eben um zu verschleiern, daß es sich um ein „neues Sozialistengesetz“ handelt.

Und was wir wissen, das weiß die ganze Welt, das weiß vor allem das ganze politische Deutschland, das wissen alle Parteien. In den Beurtheilungen, die das Gesetz in den Blättern der verschiedensten Parteien gefunden hat, ist dies aufs deutlichste zu lesen. Aus der Preßstimmen-Sammlung, die der „Vorwärts“ in den letzten Tagen veröffentlicht hat, haben unsere Leser gesehen, daß fast alle Parteien (mit Ausnahme derjenigen natürlich, die kein anderes Prinzip haben, als durch Dick und Dünn der Regierung zu folgen) den Vorschlag der Regierung verwerfen. Und warum verwerfen? Eben weil alle Parteien wissen, daß ein Sozialistengesetz geschaffen werden soll, und weil die einen, die weiter linksstehenden, fürchten, hier und da selbst einmal in den Fallen dieses Gesetzes hängen zu bleiben, während die rechtsstehenden, von den Nationalliberalen angefangen, den Sozialdemokraten gegenüber auch den Schein nicht für nöthig halten, als ob im

„Rechtsstaat“ alle Bürger nur einem Gesetz unterliegen; gegen die Sozialdemokratie wünschen diese, offen ausgesprochen oder heimlich, „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie“.

„Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie!“ so telegraphirte Fürst Bismarck aus seiner Sommerfrische nach Berlin, als im Sommer 1878 der ihm so erwünschte Pistolenanschuss Hödel's gefallen war. — „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie!“ läßt der alte Bismarck auch heute wieder seine „Hamburger Nachrichten“ verlangen. Und Bismarck und sein Blatt sind sicher, mit diesem Verlangen in einem großen Theil der Bourgeoisie auf gleichgestimmte Seelen zu stoßen. Doch gleichviel, wie man das neue Gesetz nennen will: es ist schon jetzt ein „Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie“. — Es bekräftigt sich heute, was wir vor vier Jahren beim Fall des alten Sozialistengesetzes schrieben, daß die Aufhebung des Sozialistengesetzes nur ein Experiment gewesen ist, daß der alte Buttkamer noch lebt, daß noch viele kleine Tessen dorfs herumlaufen, daß die Volksfeinde aller Schattirungen mit Jubel ein neues Sozialistengesetz erhoffen. Was wir damals schrieben, um unsere Genossen vor überschwänglichen Hoffnungen zu warnen, das trifft heute ein: wir bekommen das neue Sozialistengesetz, oder es ist dem deutschen Volke doch wenigstens zugebracht.

Man sieht, nicht jedermann will aus der Weltgeschichte lernen. Und sie wäre doch auch hier wieder eine so gute Lehrmeisterin.

Was waren denn die Resultate des 1878er Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie? Resultate hat es sicherlich gehabt; aber was damit erreicht werden sollte, hat man nicht erreicht. Es sollte die Arbeiterklasse auf Jahrhunderte niederwerfen, sie knebeln, sie in das wirtschaftliche, geistige und politische Joch der Bourgeoisie und des Bourgeoisstaates zwingen; aber es war verlorene Liebesmüh, den Polizeibüffel gegen uns ins Feld zu schicken, es war eitles Beginnen, den Sozialismus in Ketten schlagen zu wollen.

Die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen sind nicht durch irgend einen schlauen Kopf angeklügelt worden, sondern sie sind das Resultat des Ganges der Weltgeschichte, der kapitalistischen Welt, in der wir leben. Das ständige Vordringen der Großindustrie, die zunehmende Proletarisirung immer größerer Volksmassen, — die Zunahme von Reichtum und Macht auf der einen, von Armuth und Knechtschaft auf der anderen Seite — alles das wollte auch von 1878 bis 1890 nicht zum Stehen kommen, und so gab es auch, trotz der ärgsten politischen Bedrückung in jenen zwölf Jahren, keinen Stillstand für die Sozialdemokratie. Von Erfolg zu Erfolg ist sie vorwärts geschritten, trotz alledem. Von Wahl zu Wahl ist die Zahl ihrer Stimmen gewachsen, von Kongress zu Kongress ihre geistige Macht, ihr Einfluß auf die Arbeitermassen sowohl wie auf die herrschenden Kreise.

Wohl sind Hunderte unserer bravsten Parteigenossen dem Gesetz zum Opfer gefallen; wohl wurde unsägliches Elend gebracht über unsere Genossen durch Spiegelmirthschaft, Ausweisungen, Geheimbundprozesse; wohl wurden die Arbeiter als wirtschaftliche Klasse geschädigt und geknebelt durch Streikerlasse, Unterdrückung der Koalitionsfreiheit, der Preßfreiheit. Der Arbeiterklasse hat das Gesetz geschadet, es fiel den hungernden Proletariern in den Arm, so oft sie versuchten, ihn gegen ihre Ausbeuter zu erheben, der Sozialdemokratie aber hat es nichts geschadet, es hat ihr genützt! Die Sozialdemokratie ist unter dem Gesetz groß und mächtig geworden, so mächtig, daß das Schandgesetz am Ende fallen mußte.

Das alles lernt, wer lernen will, aus der 12-jährigen Geschichte des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. — Aber waren denn gerade diese Ergebnisse des Gesetzes die gewünschten Ergebnisse? Doch bestimmt nicht! Man wollte die Arbeiter doch vor allem politisch in Fesseln schlagen, man wollte die „sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen“ treffen, und man erzielte ein Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen von 312 000 im Jahre 1881 auf 1 427 300 im Jahre 1890!

Und Aehnliches würde man erzielen mit dem „neuen Sozialistengesetz“. Wiederum wird, mit oder ohne Sozialistengesetz, die wirtschaftliche Entwicklung ihren Gang gehen, werden die Kapitalien zu Millionen und Aber-Millionen aufgespeichert werden, werden Millionen von Menschen ins Proletariat versinken, und — die Sozialdemokratie wird wachsen!

Trotzdem aber ist das geplante Gesetz zu bekämpfen. Denn wiederum würden wir einer Periode schwächerer Verfolgungen unserer Klassen- und Parteigenossen entgegengehen, wiederum würden Hunderte ihrer politischen Gesinnung wegen ins Gefängniß geworfen werden. Vor allen Dingen würde der Arbeiterklasse wiederum der wirtschaftliche Kampf um Verbesserung der Lebensbedingungen, um Hebung des Lohnes, um Verkürzung der Arbeitszeit durch direkte oder indirekte Beschränkung der Koalitionsfreiheit, der Preßfreiheit, durch tausend Fallstricke, die in dem neuen Gesetz gezogen sind, unmöglich gemacht werden.

Darum Kampf bis aufs Äußerste gegen das neue Sozialistengesetz! Aber nur aus Rücksicht auf unsere einzelnen Klassengenossen, die gegen das mächtige Kapital im Kampf um Dasein schwer zu ringen haben.

Unsere Partei hat von dem neuen Gesetz nichts zu fürchten. — Die Verfasser des Entwurfs kennen nicht den starken Trieb der Volksseele, sich gegen jede Bedrückung mit deren Wachsen nur um so mächtiger aufzubauen.

Unsere Partei pfeift auch auf dieses Sozialistengesetz!

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Am Exil.

28

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Runert.

Es war ein Schlaganfall. Schon der verzerrte Mund weckte Furcht und Schrecken. Man machte ihm sofort kalte Umschläge um den Kopf, der herbeieilende Arzt sah ihm Blutegel hinter den Ohren an. Er war noch einmal gerettet. Er konnte wieder sprechen, aufstehen, umher gehen und sein gewohntes Leben wieder aufnehmen. Und sonderbar, auch seine Heiterkeit war gänzlich wiedergekehrt. Wenn es ihm passierte — es war noch ein Rest seiner Krankheit — daß er ein Wort mit einem andern verwechselte, war er der erste, der es bemerkte und darüber lachte. Aber sein Lachen klang so hell, so jung, so kindlich weinend, daß es Unruhe erregen mußte! Es machte den Eindruck des Unrechten, des Unnatürlichen, des traurig Ironischen, wie wenn eine Blüte im Winter auf einem entblätterten Baum prangt. Der Greis sprach und sprach mit dem raschen Fluße eines Gebirgsbaches, und immer waren es entweder Erinnerungen an längst vergangene Jahre oder Pläne für die nahe Zeit, in der sie wieder in Frankreich sein würden, die ihn beschäftigten.

Du begreifst, sagte er zu René, ich will hier nicht beerdigt werden, wenn ich sterbe. O nur so spät wie möglich sterben! Ich habe mich noch nie wohler gefühlt.

Und er lachte wie ein Kind.

Mein Vater befindet sich doch viel besser, nicht wahr? sagte René zu dem Arzt, mit der zähen Hoffnung, die sich über die unbarmherzige Wissenschaft zu täuschen sucht. Der Arzt neigte den Kopf:

Lassen Sie Ihren Vater keine Minute allein, antwortete er.

René zerfloß in Thränen, denn er hatte begriffen, daß der Tod, wie ein Grab unter Blumen, sich unter diesem scheinbaren Wohlbefinden verbarg. O, wenn er sich wenigstens ausruhen konnte! Aber er mußte dem Kranken, der von seinem Zustand nichts ahnte, eine heitere Miene zeigen. Durch beruhigende Worte mußte er die Unruhe seiner Mutter beschwichtigen, die zuweilen bligartig die Wahrheit erkannte. Und immer die Furcht vor dem unsichtbaren Feinde, der — man wußte nicht wo — auf der Lauer lag! Die Angst bei dem Gedanken, daß die Galgenfrist des Beurtheilten von einem Augenblick zum andern ein Ende finden konnte: Sobald seine Mutter ihn anrief, schrak René zusammen, sobald er gezwungen war, den Vater zu verlassen, ließ ihn die Angst nicht mehr los, hartnäckig verfolgte ihn dann eine düstere Vision auf seinen Spaziergängen, bei der Arbeit, im Schlafe!

Während zwei langer Monate wuchs in René, dessen Ohr und Geist in beständiger Anspannung war, das Fieber der Erwartung vor dem nahen, unermesslichen Unglück. An einem nebligen Novembermorgen wurde er durch einen verzweifeltten Schrei seiner Mutter geweckt. Raum bellerdet stürzte er zum Zimmer hinaus. Ach, er wußte im Voraus, was er sehen würde! Sein Vater lag mit krampfhaft geöffneten Augen und schaumbedecktem Munde auf dem Fußboden. Mit der linken Hand bemühte er sich den rechten Arm aufzuheben, der matt, tod zurückfiel. Er versuchte zu rufen, aber er brachte nichts weiter über die Lippen als ein dumpfes Röcheln und einen gelblichen Schaum. Frau Messant jammerte und lief umher, als hätte sie den Kopf verloren. Mit der verdoppelten Kraft, die man in solchen Momenten findet, hob René den Körper des Sterbenden an und legte ihn auf das Bett. Dann eilte er auch schon aus dem Hause, um den Arzt zu holen.

Ob es Stunden oder Tage waren, die nun folgten, René hätte es nicht sagen können. Er verlebte sie wie im Traum. Eine dunkle Gestalt ohne Kravatte, ohne Hut lief durch die von grauem Nebel erfüllten Straßen, schellte heftig an einer Thür, rief dem Doktor zu: Kommen Sie schnell! und lief zurück wie sie gekommen war. In dem dunklen Zimmer leuchtete die der Blasebalg eines Schmiedes in regelmäßigen Stößen ein röhelnder Athem. Ein bleiches Gesicht sah er vor sich, in dem zwei starre Augen glänzten, die zu sprechen und um Hilfe zu

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Aus dem Reichstag. Die Fortsetzung der Etatsdebate brachte heute zunächst eine Rede des Abg. Borsff. Natürlich steht dieser Herr und seine Freunde dem neuesten Kurs genau so zur Verfügung, wie sie dem alten und dem ältesten Kurs zur Verfügung gestanden haben. Für was diese Herren noch immer reden, ist unerfindlich. Der Inhalt aller ihrer Ausführungen ist doch immer derselbe: Die hohe Regierung hat ganz recht.

Die Rede des Herrn Abg. Rickert trug einen stark electischen Zug. Der etwas sehr unvermittelte Abgang des Grafen Caprivi hat den Herren von der freisinnigen Vereinigung sehr wehe gethan. Die Rickert'sche Rede war eine einzige Keuferei dieses Schmerzes.

Auf den freisinnigen Redner folgte der Führer der Konservativen, nachdem vorher noch der Reichstagssekretär den Versuch gemacht hatte, die Zahlen seines Etats gegen die Angriffe der Opposition zu verteidigen.

Herr von Manteuffel fühlt sich unterm neuesten Kurs, das hörte man seiner Rede an. Er weiß seine und seiner Freunde Sache gut aufgehoben im neuen Ministerium, wo der sichere Fraktionskollege von Köller jetzt die Interessen der darbedenden Landwirthschaft wahrnimmt.

Wenn gestern der neue Kanzler eine Programmrede ohne Programm vorlas, der konservative Redner holte heute das Fehlende nach. Ein langer Wunschzettel war es, den Manteuffel heute als „nächste und notwendigste“ Aufgaben vortrug, deren Lösung vom neuesten Kurs erwartet wird. Ist die Regierung den Wünschen der Junker und Agrarier unbedingt zu willigen, dann werden sich diese freuen, die Regierung bei dieser Wirksamkeit unterstützen zu können. Das war der lange Rede kurzer Sinn.

Eine abgeschmackte Anspielung auf die Vorgänge am 6. Dezember gab Genossen Lieblnecht, der nach Manteuffel zum Worte kam. Gelegenheits, das erbärmliche Treiben gewisser hyperlokalen Byzantiner, welche aus einem rein zufälligen Vorgang, bei dem ersichtlich jede Absicht ausgeschlossen war, ein Staatsverbrechen machen möchten, gebührend zurückzuweisen.

Im Fortgang seiner Rede wies Lieblnecht dann auf das traurige Schauspiel hin, das der Reichstag gegenüber den Vorgängen der letzten Monate bietet. Kein Parlament der Welt ließe sich solche Behandlung bieten. Bei uns wage selbst die bürgerliche Opposition nur schüchtern zu fragen, und schweige dann, wenn ihr als Antwort ein kurzes Nein werde.

Redner kritisierte dann die Thronrede, wobei er auf die in derselben enthaltenen Widersprüche hinwies. Ein Exkurs über die seit Bismarck bei uns beliebte politische Heuchelei erfuhr einen Ordnungsruf, weil der Herr Präsident annahm, diese Charakteristik sei auf die Thronrede angewandt.

Sehr eingehend und in fesselnder Weise sprach nun Lieblnecht über die Absicht, die Arbeiterklasse durch neue Umsturzgesetze zu knebeln, wobei er das im In- und Ausland beliebte System der Spitzelerei gebührend geißelte. Der Hinweis, daß Hödel christlich-social und Nobiling nationalliberal war, wurde von den genannten Parteien natürlich sehr erregt bestritten, wahr bleibt es aber trotzdem.

Im Anschluß an die Umsturzvorlage wies der Redner auf die Versumpfung der Arbeiterschuh-Gesetzgebung, trotz der kaiserlichen Zusagen in den Februar-Erlässen vom Jahre 1890, hin und geißelte er besonders die Unterdrückungsversuche gegen das Koalitionsrecht. Ohne Koalitionsfreiheit sind die Arbeiterschuh-Gesetze nicht das Papier werth, auf dem sie stehen.

Die fast zwei Stunden lange Rede zog alle unsere öffentlichen Angelegenheiten in den Kreis ihrer Erörterungen, und welche Theilnahme der Redner zu entfesseln verstand, bewiesen am besten die häufigen Protestrufe der Rechten und der wiederholte laute Beifall von den Banken unserer Partei.

Da Lieblnecht die Umsturzvorlage als lex Stumm bezeichnete, so verwarnte sich der Selbstherrscher von Neunkirchen gegen das Gerücht, die Vorlage sei auf seinen Wunsch eingebracht. Wenn er, Stumm, eine solche Vorlage zu machen gehabt hätte, wäre sie „anders ausgefallen“. Letzteres ist gewiß richtig, aber es ist nur gut, daß auch bei Herrn Stumm die Bäume nicht bis in den Himmel wachsen.

zeichnete hatte, so verwarnte sich der Selbstherrscher von Neunkirchen gegen das Gerücht, die Vorlage sei auf seinen Wunsch eingebracht. Wenn er, Stumm, eine solche Vorlage zu machen gehabt hätte, wäre sie „anders ausgefallen“. Letzteres ist gewiß richtig, aber es ist nur gut, daß auch bei Herrn Stumm die Bäume nicht bis in den Himmel wachsen.

Nicht „Umsturz-Gesetz“, sondern „Oppositions-Gesetz“, so betitelt das in Bonn erscheinende, demokratisch angehauchte Zentrumsorgan, die „Deutsche Reichs-Zeitung“, einen Leitartikel, dem wir das Folgende entnehmen:

„Umsturz-Vorlage, Umsturz-Gesetz sind Ausdrücke für die neue Gesetzvorlage, die so recht geeignet sind, die Geschichte zu fälschen. Man erwartete lange Zeit ein wirkliches Gesetz gegen die Umsturzbestrebungen und von diesem zu erwartenden Gesetze sprach die Presse mit Recht als einem Umsturz-Gesetze. Nun ist das neue Gesetz erschienen und hat sich als nichts weniger erwiesen, als ein Gesetz gegen den Umsturz. Warum sollen wir es demnach Umsturz-Gesetz nennen? Wie gesagt, das wäre eine Fälschung. Es ist kein Gesetz gegen den Umsturz, sondern ein Gesetz, bestimmt, die Freiheit im Allgemeinen zu vermindern und die jetzt schon übermäßige Staatsomnipotenz zu vermindern. Durch dieses Gesetz kann der Umsturz getroffen werden, gerade so gut aber auch irgend eine andere Partei. Die Polizei soll einmal wieder den Rittler der menschlichen Gesellschaft spielen, trotz aller diesbezüglichen Fiaskos...“

Wir können demnach beim besten Willen den Namen Umsturz-Gesetz nicht mehr anerkennen. Vielleicht wäre am besten, dasselbe Oppositions-Gesetz zu nennen, denn thatsächlich geht es ja darauf aus, jede Opposition möglichst zu beschneiden und zu bekämpfen. Das ist auch ganz recht, die Regierung, welche neue Vorlagen einbringt, sieht von ihrem Standpunkt aus jede Opposition als etwas sehr Unartiges an, und unartige Kinder müssen gestraft werden. Das ist das ganze Geheimniß, welches sich hinter der spanischen Wand der Umsturz-Angst verbirgt. Das absolute Königthum ist der Konstitution geworden, eine Verbesserung ist es aber keinesfalls, wenn auf dem Wege der Gesetzgebung die offene ehrliche Opposition allmählig in eine geheime umgewandelt werden soll.

Da nun das Zentrum zwar keine Oppositionspartei sans phrase ist, aber doch überall da Opposition zu machen pflegt, wo das Wohl des Staates und der Kirche eine solche erheischt, so glauben wir nicht, daß dasselbe dem vorliegenden Oppositions-Gesetze in seiner gegenwärtigen Ausführung zustimmen kann. Das Zentrum hat richtig erkannt, daß man den Umsturz nicht damit wirksam bekämpft, wenn man ihm den Mund verbietet; wer damit etwas auszurichten glaubt, der wird allerdings an der kleinlichen Regierungsvorlage wenigstens eine kleine Freude haben, wenn sie sich auch ausnimmt wie ein Riesensteinchen, daß einen Thurm umwerfen soll....“

Die Staatsrechtslehrer und der Antrag auf Verfolgung des Abgeordneten Lieblnecht. Das verlogenste Blatt Deutschlands, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, bezieht sich bei der Rechtfertigung des vom Reichskanzler dem Reichstage übermittelten Schreibens des Berliner Staatsanwalts, betr. die Strafverfolgung des Abgeordneten Lieblnecht wegen Majestätsbeleidigung, auf einen von ihr nicht genannten Staatsrechtslehrer. Die „Vossische Zeitung“ konstatiert, daß die von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ aus dem Zusammenhange gerissenen Sätze dem Lehrbuche des verstorbenen Heidelberger Professors und preussischen Kronsyndikus Hermann Schulze entstammen und daß sich an die von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ abgedruckten Worte die folgenden anschließen:

„Aber die von den Volksvertreter in seinem Berufs möglichst unabhängig gestellt werden muß, da rücksichtslose Aufdeckung der Wahrheit und strenge Kritik der Behörden für ihn eine unabwendbare Pflicht ist, wobei in gerechtem Eifer leicht die Grenzen des gesetzlich Erlaubten überschritten werden können, so haben die neueren Verfassungen, kraft positiver Bestimmungen ein Ausnahmerecht geschaffen, wodurch die Volksvertreter um ihres Berufs willen in betreff der Redefreiheit günstiger gestellt werden als gewöhnliche Privatpersonen.“

Ferner findet sich in dem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ herangezogenen Lehrbuche die folgende Stelle:

„In dieser unbeschränkten parlamentarischen Redefreiheit unabweisbar liegenden Gefahren können nur dadurch beseitigt werden, daß den parlamentarischen Körperschaften selbst kräftigere Reaktionsmittel gegen alle durch den Mißbrauch der Redefreiheit begangenen Rechtsverletzungen in die Hand gegeben werden, daß jedem Hause eine genügende Strafgewalt über seine Mitglieder eingeräumt wird. Alle Vorschläge, welche darauf gerichtet sind, die Selbstgerichtsbarkeit der Kammer zu verstärken, sind einer ersten Erwägung werth. Werwerflich ist dagegen alles, was einer außerhalb des Hauses stehenden Behörde eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der parlamentarischen Körperschaften einräumen will. Der geringste Einbruch in das mühsam errungene Prinzip der parlamentarischen Redefreiheit könnte das ganze Gebäude untergraben.“

Aus den weiteren Ausführungen der „Vossischen Ztg.“ drucken wir noch die folgenden Stellen ab:

„Nunne führt aus, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Unverletzlichkeit der Abgeordneten sich auch auf Aeußerungen beziehe, die unter dem Begriff des Hochverrats, der Majestätsbeleidigung, der Verleumdung fallen...“

„Dann lesen wir in dem Kommentar zum Strafgesetzbuch von Othhausen, daß der Natur der Sache nach zu den in Ausübung ihres Berufes erfolgten Aeußerungen alle im Plenum oder in den Abtheilungen und Kommissionen oder auch in Deputationen gehaltenen Reden zu rechnen seien, ferner daß unter Aeußerungen nicht nur mündliche Aeußerungen zu verstehen seien, sondern auch schriftliche. Er fährt fort:

„Es würde aber auch eine im Ausdruck nicht liegende Beschränkung sein, wollte man pantomimische Rundgebungen für ausgeschlossen erachten. Eine derartige restriktive Interpretation rechtfertigt auch der Sinn des Gesetzes nicht.“

Wir halten für ganz unstrittig, daß jedwede Aeußerung eines Abgeordneten, die er in seinem Berufe, als Abgeordneter gethan hat, von jeder strafrechtlichen Verfolgung frei ist. Wir halten für ebenso unzulässig, daß er außerhalb des Reichstages zur Verantwortung gezogen werde, weil er bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben ist. Wir bedauern überhaupt eine Rechtsprechung, die Bürger zwingen will, gegen ihren Willen dem Oberhaupt des deutschen Volkes Duldigungen darzubringen. Wir meinen, so wenig man einen Menschen zwingen kann und zwingen soll, in den Sang einzustimmen: „Herr Gott, dich loben wir“, so wenig kann und soll man ihn zwingen, durch Strafandrohungen, durch die Aussicht auf das Gefängniß nöthigen, eine Ehrfurcht oder Liebe zu dem Kaiser zu heucheln, die er nicht empfindet. Majestätsprojekte gereichen einer Regierung nie zum Vortheil. Unter dem römischen Kaiserreich konnte man Bürger der Majestätsbeleidigung anklagen, weil sie in Privathäusern vor dem Bilde des Imperators nicht in die Knie gesunken, weil sie eine verbrochene Kaiserkrone in den Garten geworfen, weil sie ein Geldstück mit dem Kaiser-

bildniß in den Fluß geworfen hatten. Man konnte Tag für Tag die härtesten Urtheile wegen Majestätsbeleidigung aussprechen; aber man hat damit weder dem Imperator noch seiner Regierung Segen gebracht. Durch den neuesten Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung von sozialdemokratischen Abgeordneten hat man nur erreicht, daß an die Stelle der allgemeinen Verurtheilung der begangenen Ausschreitungen jener Volksvertreter die allgemeine Erkenntniß der Nothwendigkeit getreten ist, jeden Angriff auf die Unverletzlichkeit der Volksvertreter manhaft abzuwehren. Denn, so sagt der Rechtslehrer, auf den sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bezieht:

„Der geringste Einbruch in das mühsam errungene Prinzip der parlamentarischen Redefreiheit könnte das ganze Gebäude untergraben.“

Wie ein Gegner urtheilt. Richter's „Freis. Ztg.“ schreibt:

Die Sozialdemokratie im Reichstag geht seit Einbringung des Antrags (auf Verfolgung des Abg. Lieblnecht) so hochgehobenen Hauptes umher wie nie zuvor. Mit einem Schlage sind alle die inneren Zwistigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie zurückgedrängt worden. Das Obium, welches auf die Sozialdemokratie wegen ihres Verhaltens in der ersten Sitzung fiel, verblaßt. Die Sache ihrer Führer ist gleichbedeutend geworden mit der Wahrung der verfassungsmäßigen Privilegien der Abgeordneten aller Parteien. Eine bessere Situation als diese hätte sich die Sozialdemokratie selbst nicht wünschen können. Die Sozialdemokratie lechzt geradezu nach einer Auflösung im Zusammenhang mit diesen Ereignissen und der Umsturzvorlage.

Wahrwit. Das Organ der Stumm und Krupp, die „Post“, ist wohl von der Tarantel gestochen, so unvernünftig äußert sie sich schon. Man lese nur das folgende:

Der gemeingefährliche Charakter der Sozialdemokratie verleugnet sich nirgends und bei keiner Gelegenheit. Aus Sofia wird gemeldet, daß gestern die Sobranie das Sozialistengesetz betreffend Delikte gegen die Person des Prinzen Ferdinand und dessen Haus beriet. Mit Ausnahme der Sozialisten traten sämtliche Parteien für die Vorlage ein. Die gegen den Gesetzentwurf vorgebrachten Einwendungen wurden von dem Justizminister und dem Präsidenten der Sobranie, welcher bei dieser Gelegenheit den Vorschlag abgab, bekämpft. Diese Reden, sowie die Annahme des Gesetzes, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Das Verhalten der bulgarischen Sozialisten kann logischer Weise gar nicht anders gedeutet werden, denn als eine indirekte Rundgebung zu Gunsten des Fürsten morde. Es harmonirt diese Taktik nur zu sehr mit dem Programm der internationalen Sozialdemokratie, als daß es gethattet wäre, dem Benehmen der bulgarischen Umstürzmänner eine minder verwerfliche Tendenz zu unterstellen.

Die Sozialisten in Bulgarien waren bloß dagegen, daß für den ehemaligen österreichischen Sekondlieutenant und jetzigen Fürsten Ferdinand ein anderes Recht existire als für andere Menschen und daraus zieht die „Post“ die vorstehenden Schlüsse. Eine nette Sitte, für die die „Post“ kämpft.

Eine Verfassungsverletzung? Die Staatsanwaltschaft hat dem Genossen Schippel die Aufforderung zugehen lassen, nächste Woche die jubifizierte dreimonatliche Gefängnißstrafe anzutreten. Daß das gerade unmittelbar vor dem Weihnachtstfest geschehen mußte, gehört wahrscheinlich mit zum Kampf für die Stärkung der Institution der Familie. Doch das ist nebensächlich, unter dem Ausnahmegefeß wie man bekanntlich mit Vorliebe immer zu Weihnachten aus. Eine andere Frage ist es, ob die Staatsanwaltschaft hier auf die Verfassung — auch ein Grundpfeiler unserer gesellschaftlichen Ordnung! — genügende Rücksicht genommen hat. In § 31 der Reichsverfassung heißt es nämlich:

„Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied derselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden.“

Zweifellos ist diese Bestimmung nicht ganz klar, aber hervorragende Juristen und Parlamentarier, wie Windthorst und Lasler, haben sie im Fall Majunko dahin interpretirt, daß sie die Inhaftnahme eines Abgeordneten selbst zum Zwecke des Antritts einer rechtskräftig erkannten Strafe von der Genehmigung des Reichstages abhängig mache. Der Reichstag sprach auf Antrag des Abgeordneten v. Hoyerbed seine Auffassung dahin aus,

„daß es behufs Aufrechterhaltung der Würde des Reichstages notwendig sei, die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werde.“

er ließ es nur offen, ob die Verfassung das schon einschließe und daher der „Weg der Deklaration“ zu wählen sei — oder ob eine „Abänderung der Verfassung“ eintreten müsse. Wenn wir Staatsanwalt wären, würden wir uns natürlich zu der letzten Auffassung neigen. Immerhin verräth es eine sehr geringe Achtung vor einer so wesentlichen Institution unserer gesellschaftlichen Ordnung, wie es der Reichstag nun einmal ist, wenn man der Geschäftsabwicklung in Plöhensee den Vorrang giebt vor der Erfüllung der Pflichten eines Reichstags-Abgeordneten.

Der Volkstott durch die Staatsgewalt. Wieder einmal hat eine plünstige Brise unserm Frankfurter Parteiorgan, der „Volkstimme“, die Mittheilung von einigen höchst interessanten Aktenstücken zugeweht. Diese Schriftstücke sind noch besonders deshalb merkwürdig, weil sie ein bezeichnendes Bild über das nette Verhältnis geben, in welchem das Reichsinstitut der Post zu der preussischen Polizei steht. Sie lauten folgendermaßen:

Königl. Polizeipräsidium Frankfurt (Main), 15. Nov. 1894. Aktenzeichen... Kth... Journal-Nr. 124. Vertraulich.

Nachdem der Gastwirth Jean Herz sein in Bornheim, Bergerstr. 278 belegenes, „Zur Lillie“ benanntes Etablissement kürzlich zur Abhaltung des sozialdemokratischen Parteitages hergegeben hat, kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß derselbe die Ziele der sozialdemokratischen Partei unterstützt.

Indem ich der kaiserlichen Ober-Postdirektion hiervon Kenntniß gebe, und gleichzeitig mittheile, daß für die Garnison ein Verbot des Betretens der Herz'schen Wirthschaft bereits besteht, stelle ich ergebenst anheim, unter den obwaltenden Um-

*) Bekanntlich sollte Sch. in einer Kritik des Urtheils gegen Zachau, das der Sozialdemokratie Kasernenagitation vorwarf, die Richter beleidigt haben.

ständen, auch den dortseitigen Beamten und Arbeitern den Besuch der genannten Wirtschaft zu untersagen.

Von der getroffenen Entscheidung ersuche ich mit gefälliger Kenntnis zu geben.

Der Polizeipräsident: v. Mülling.

An die Kaiserliche Ober-Postdirektion, hier.

I. G. 75.

1. An die kaiserl. Verkehrsämter einschl. des Bahnpostamts 9, hier, und an die kaiserl. Postämter in Frankfurt (M.), Sachsenhausen, Bornheim, Wodenheim.

Frankfurt (Main) 28. November 1894.

Das (Tit.) wird veranlaßt, in dem Verzeichnis derjenigen Wirtschaften, deren Besuch wegen des Verkehrs der Sozialdemokraten den Postbeamten und Unterbeamten verboten ist, die Bornheim, Bergerstr. 273, belegene Wirtschaft „Zur Witte“, Inb. Jean Herz, nachzutragen, und das Betreten dieser Wirtschaft den Beamten und Unterbeamten zu untersagen.

2. An die kaiserl. Ober-Postdirektion in Köln (Rh.), Kassel, Erfurt.

Abchrift von 1 wird der (Tit.) zur gef. weiteren Veranlassung übersandt.

3. An das k. Königl. Polizeipräsidium hier.

Zum gef. Schreiben vom 15. J. Pr. 124.

Abchrift von 1 wird der (Tit.) zur gef. Kenntnissnahme ergehen übersandt.

R. O. P. D.

Id.

Das letzte dieser Schriftstücke zeigt uns, wie eifrig und peinlich gewissenhaft die kaiserliche Reichs-Postverwaltung dem Befehle der preussischen Polizei Gehorsam leistet. Wir sind jedoch gespannt darauf, was der Reichstag zu dieser, nach unserer Ansicht durchaus ungehörigen Einmischung der preussischen Aufsichtsbehörde, in die inneren Angelegenheiten eines Reichsinstituts, sagen wird.

Zu dem Boykott selbst sei nur bemerkt, daß der Gastwirth Herz mit unserer Partei nicht das geringste zu thun hat; er gab uns sehr ungern, nur mit Widerstreben seinen Saal; und erst nachdem ihm das Frankfurter Lokalkomitee mit dem Boykott seines Etablissements sowie jeder Brauerei, die ihm das Bier liefern würde, drohte — erst dann gab er im Interesse seiner Existenz den Saal, den wir zu dem Parteitag haben mußten, weil kein zu diesem Zwecke gleich geeignetes Lokal, oder doch nur zu bedeutenden Kosten in Frankfurt zu haben ist. Für gewöhnlich verkehren fast gar keine Arbeiter in dieser Wirtschaft, sondern Leute aus dem Kleinbürger- und Mittelstand. Wenn diese im allgemeinen sehr zahnpolitischen Speisbürger nach und nach auch rabiat werden, so ist aber nichts anderes daran schuld, als diese unerträgliche Polizeibücherei.

Nachwahl zum preussischen Landtage. Aus Raugard wird telegraphirt: Bei der heutigen Landtags-Ergebniswahl im 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Stettin wurde von Dewitz-Schönhagen (kons.) gegen v. Blügge-Sped (kons.) gewählt.

Fuchsmühl. Die „Münchener Post“ schreibt: Die Vorgänge in Fuchsmühl müssen gerächt werden, der rasende See will kein Opfer haben. Doch nicht etwa der Amtmann Boll oder der Förster Brömann, nicht der Lieutenant Mayr oder etwa der Frhr. v. Holler werden schuldlos vor's Gericht geschleppt; nein die ersten Opferkammer in der traurigen Geschichte sind eine Anzahl Redakteure. Sie sind die eigentlichen Schuldigen; sie haben „gehört“, Erbitterung und Aufregung verbreitet. Hätten sie nur die Berichte des Oberst Hoffmann, des Lieutenant Mayr und des Amtmann Boll veröffentlicht, dann sähe manches anders aus. So aber wagten es die Unseligen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Sie wollten aus ihrem Herzen keine Mordgrube machen und liehen ihren Gefühlen freien Lauf, sie verdrückten die ihnen zugegangenen Briefe und nannten das Kind beim rechten Namen.

Sie gingen weiter. Die bösen Redakteure kritisierten. Sie griffen dem, was jedem guten Christen und braven Deutschen heilig sein muß, dem Militarismus, tief ins Herz hinein. Sie konnten nicht begreifen, daß das, was „unsere“ Soldaten bei Fuchsmühl geleistet haben, nur Pflichterfüllung war, die im modernen Rechtsstaat nicht geschmäht, sondern mit „Engelszungen“ gepriesen werden muß.

Die in ihrer Rechtsauffassung „zurückgebliebenen“ Menschen bedienten sich für das, was für den Zeitungsschreiber Worte fehlen, der Hand des Künstlers. Sie gaben Illustrationen, die sich auf Fuchsmühl bezogen, und in den weitesten Kreisen ungetheilten Beifall fanden. Doch auch in dieser Richtung verirrten sich die Unglücksräuber von der rechten Bahn. Zeitungen haben ja nicht in erster Linie im Interesse des Volks, sondern in Rücksichtnahme auf die Beise und auf die hohen und allerhöchsten Behörden hergestellt zu werden.

Presseprozesse und die Bestrafung der Redakteure sind daher nicht selten. Neu ist dagegen die Methode, Redakteure wegen groben Unfugs vor das Schöffengericht zu schieben, während Pressfänger in Bayern sonst vor dem Schwurgericht abgewandelt werden.

Ein Sprichwort sagt: Was man nicht definieren kann, sieht man als „groben Unfug“ an. Unsere sinnliche Verleugung des „groben Unfugparagrafen“ in der Fuchsmühl Angelegenheit gipfelt laut der Anklageschrift darin, durch unsere Zeitung in weiten Kreisen streng katholisch-religiöser und staatsverhaltender Richtung Erregung, Beunruhigung und Aergerniß veranlaßt zu haben.

Wie weit eben diese Beschuldigung gegen uns mit Recht angewendet wurde, wollen wir in der Verhandlung am 28. Dezember darthun.

Auch das „Münch. Tageblatt“ hat gleichfalls bei Besprechung der Fuchsmühl Vorgänge in vier Punkten gegen den „groben Unfugparagrafen“ verstoßen und ist deswegen angeklagt. In Bamberg soll ein Redakteur wegen desselben „Verbrechens“ bereits mit 30 M. bestraft worden sein.

Kamerun. Ueber die Vorlegung eines Weißbuchs über Kamerun an den Reichstag ist dem „D. R.“ zufolge noch keine Entscheidung getroffen.

Der Polizeistreik in Kaschau dauert noch fort. Gestern fanden neuerdings Straßendemonstrationen statt, bei welchen ein Polizeiwachtmeister, der den Streik arrangirt haben soll, verhaftet wurde.

Von den französischen Pressgaunern. Man schreibt uns aus Paris unterm 7. Dezember: Gestern Abend ist der Direktor der „Nation“, Camille Dreyfus, verhaftet worden, weil er, wie es heißt, an der Erpressungsgeschichte, betreffend den Armeelieferanten Ales, beteiligt sei. Camille Dreyfus ist Ritter der Ehrenlegion, Offizier der Reserve-Armee, ehemaliger Kabinettschef im Finanzministerium und hat den hiesigen 12. Bezirk, zu dessen Abgeordneten er zweimal gewählt worden war, von 1885—1893 in der Kammer vertreten. Bei der letzten Wahl wagte er es

nicht mehr, hier als Kandidat aufzutreten, weshalb er in der Provinz ein Abgeordnetens-Mandat suchte, wozu ihm jedoch sein „Auf“ gefolgt und er unterlegen ist. Ich weiß nicht, ob Herr Dreyfus Privatvermögen besitzt, aber ich weiß, daß die „Nation“ nur eine sehr geringe Auflage hatte, was ihn aber nicht hinderte, auf großem Fuß zu leben und sich Wagen und Pferde zu halten. Die „Nation“ war in journalistischen Kreisen immer als ein „Geschäftsblatt“ bekannt und wenn da irgendwelche saule Zustände aufgedeckt oder bekämpft wurden, handelte es sich gewöhnlich um nicht bezahlte „Schweigegebühren“. Und dieser „Meistersänger“, wie man hier die Erpresser bezw. Revolver-Journalisten nennt, war einer der ersten, der, als die Pressstandale begannen und die Staatsanwaltschaft eingeschritten war, in seinem Blatte über alle die Revolereien den Entrüsteten spielte und dabei den Wunsch ausdrückte, daß es der Staatsanwaltschaft gelingen möge, „uns von den Schlägen der Presse zu befreien“. Die Diebe suchten sich eben seit jeher stets durch den Ruf: „Halt' ihn auf!“ zu retten.

Von Portalis, dem flüchtig gewordenen Direktor des „XIX. Siècle“, heißt es, daß er im Besitze von Dokumenten resp. Photographien sei, die den Beweis lieferten, daß sich acht Abgeordnete in einer die Südbahnen betreffenden Affäre betheiligten ließen und die darum alle möglichen Schritte gemacht hätten, damit dieser „Meistersänger“ nicht verhaftet würde. Ob es wirklich diesem Umstande zuzuschreiben sei, daß Portalis so leicht entwichen und noch immer nicht aufgefunden werden konnte, mag dahin gestellt bleiben; daß aber gewisse Abgeordnete in einer die Südbahnen betreffenden Affäre Gelder resp. Checks angenommen haben sollen, davon ist schon lange, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit die Rede. So spricht man schon lange davon, daß einer der bekanntesten Regierungs-Abgeordneten, dessen Namen ich aus begrifflichen Gründen nicht nennen will, nur irrtümlicher Weise in die Panama-Affäre einbezogen und die Anklage darum auch gegen ihn fallen gelassen wurde; sein im Notizbuch des Baron Reinach vorgefundener Name hätte sich nämlich nicht auf diese, sondern auf die — Südbahn-Affäre bezogen. Wenn nun diese Angelegenheit gleichzeitig und in Verbindung mit den Pressgaunereien in die Öffentlichkeit gelangt, so um so besser, weil es dadurch nur allen klarer wird, aus was für Befunden die Stützen der heutigen Gesellschaft und Segner der kommenden, der sozialistischen Gesellschaft bestehen.

Krieg im Frieden. Bei den Artillerie-Schießübungen mit scharfen Geschützen in Brasschaet (Belgien) platzte gestern eine Granate kurz vor dem Ziel in demselben Augenblick, als die beobachtenden Offiziere noch keine Deckung hatten. Einem Offizier wurden die Beine abgerissen, einem anderen der Unterleib aufgerissen und mehrere andere leicht verwundet.

Zum Panaminofskandal wird aus Rom telegraphirt: Die mit der Prüfung der von Giolitti vorgelegten Dokumente betraute Kommission hat während der ganzen Nacht gearbeitet. Man glaubt, daß heute Vormittag die betheiligten Personen vernommen werden und daß die Kommission heute Nachmittag der Kammer Bericht erstatten wird.

Die Morgenblätter bekämpfen die Demission des Kammerpräsidenten Biancheri, der mit seinen verglichenen Liebesdiensten Crispi in der gestrigen Kammerung wenig genügt hat.

Die römischen Abendblätter melden, Zanlongo richtete an den Präsidenten der Deputiertenkammer ein Schreiben, in welchem er erklärt, weder er noch sein Sohn hätten Giolitti irgend ein Dokument übergeben. Wenn Giolitti Dokumente besitze, so habe er dieselben von dem Inspettor der Banca Romana, Martucelli, erhalten oder von Polizeibeamten, welche die Haus-suchungen vornahmen, oder aber von denjenigen Personen, welche sich bei Nacht zur Banca Romana begaben, um dort eine Auswahl unter den Dokumenten zu treffen. Bezüglich der Bitte über die an Politiker gegebenen Darlehen und Wechsel, welche er, Zanlongo, im Gefängnis aufgestellt habe, erklärt Zanlongo, er wisse nicht, was er damals gethan habe; denn im Gefängnis habe man von ihm alles erlangt, was der Behörde passte.

Ein weiteres Telegramm aus Rom meldet: In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Biancheri, welcher gestern Abend die Absicht kundgab, den Kammervorsitz niederzulegen, davon zurückgekommen ist und jedenfalls in der heutigen Sitzung den Vorsitz führen wird. Die hiesige Kommission, welche die Nacht hindurch bis heute früh 6 Uhr arbeitete, wird Mittags wieder zusammentreten. In den Wandelgängen der Kammer herrscht außerordentliche Regierde, den Inhalt der von Giolitti übergebenen Schriftstücke kennen zu lernen, doch wurde bis jetzt vollständiges Geheimniß darüber bewahrt. Auf den Verlauf der heutigen Sitzung ist man sehr gespannt.

Ueber die heutige Deputiertenversammlung liegt die folgende Depesche aus Rom vor:

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt; alle Minister sind anwesend. Den Vorsitz führt Biancheri. Auf die Frage Ambriani's, welche Maßregeln der Justizminister nach dem Verdict der Untersuchungskommission über das Verhalten der an der Untersuchung in dem Banca Romana-Prozesse betheiligten Richter und Beamten zu treffen gedenke, antwortet der Minister, die Regierung habe mit Hilfe der Untersuchungs-Kommission, welche völliges Recht geschaffen habe, ihre Pflicht gethan. Die Regierung habe gegen die betheiligten Richter Maßregeln getroffen. Einige derselben seien entlassen, andere vor die von dem Justizminister am 4. August eingesetzte Kommission verwiesen worden. Ein anderer habe freiwillig seine Verleugung in den Ruhestand nach-gesucht, gegen noch andere seien die notwendigen Maßregeln getroffen worden. Was den General-Staatsanwalt beim Kassationshofe betreffe, so habe der Minister geplant, ihn durch die Veröffentlichung der Untersuchung zu bestrafen. Er behalte sich vor, andere Maßnahmen gesetzgeberischen Charakters zu treffen, um eine wirksame Thätigkeit der Justiz zu sichern.

Ambriani erklärt sich durch die Erklärungen des Justizministers nicht befriedigt. Giolitti verteidigt unter großer Unruhe des Hauses Santamaria, welcher einer der Justizminister in seinem Kabinete gewesen war. Boracel, welcher gleichfalls früher Justizminister des Kabinetts Giolitti gewesen ist, sowie Canturco, der seinerzeitige Unterstaatssekretär Santamaria's, kritisiren den Bericht der besonderen Untersuchungskommission und das Vorgehen der Regierung. Im Hause herrscht fortdauernd Bewegung.

Das englische Parlament ist zum 5. Februar einberufen worden.

Die Bewegung gegen das Oberhaus wird von der englischen Regierung recht leidend unterstützt, wie aus den folgenden Äußerungen Lord Rosebery's hervorgeht, die ein Telegramm aus Plymouth meldet:

In einer Rede, welche Lord Rosebery heute hier hielt, sprach derselbe über die Oberhausfrage und sagte, die Regierung dürfe daran, die gegenwärtigen Beziehungen des Unterhauses zu dem Oberhause wieder in das richtige Verhältnis zu bringen, damit der ausgesprochene Wille des Unterhauses nicht durch das Oberhaus hindert gemacht werde. Die Regierung beabsichtige, das Land um das Mandat anzugehen, die Frage der Aufhebung des absoluten Vetorechtes des Oberhauses gegenüber den Wünschen oder der Gesetzgebung des Unterhauses dadurch zu regeln, daß die Regierung im Unterhause eine Resolution zu Annahme bringe, welche ihre Politik darlege und geltend machen soll. Erst wenn die Regierung dieses Mandat erlangt habe, werde sie das eingeschlagene Verfahren im Unterhause bekannt geben. Er könne jedoch schon

jetzt mittheilen, daß die Regierung entschlossen sei, die Verhüllungsbeschlüsse des Oberhauses so zu begrenzen, daß man wenig oder nichts in Zukunft von diesen Beschlüssen zu befürchten habe.

Majestätsbeleidigungs-Gesetz in Bulgarien. Die Sobranje (das bulgarische Parlament) beriet gestern das Spezialgesetz für Delikte gegen die Person des Prinzen Ferdinand und dessen Haus. Mit Ausnahme der Sozialisten traten sämtliche Parteien für die Vorlage ein.

Pressegesetz-Reform in Russland. Die offiziöse „Politische Korr.“ meldet aus Petersburg, in unterrichteten Kreisen verlautet, daß in den ersten Monaten nächsten Jahres wesentliche Änderungen der bestehenden Pressegesetzgebung in liberalem Sinne zu erwarten seien. Russland scheint die Hohenlohe, Köller und Schönstedt beschämten zu wollen, während diese sich anschicken, der deutschen Presse den Rappzaum anzulegen, planen die russischen Staatsmänner, der Presse freiere Bahnen zu ermöglichen. Rücksicht Deutschland auf der schiefer Ebene der Reaktion noch weiter herab, so wird es nicht mehr lange währen und man wird in Deutschland nach der Freiheit wie in Russland schreien.

Aus Amerika. Aus New-York schreibt unser Korrespondent am 30. November: Die offizielle Stimmenzählung hat für unsere Partei in der Stadt New-York als höchste Zahl 7916 Stimmen ergeben, also noch 900 weniger, als bis kurz vor Beendigung dieser Zählung als Schlussresultat angenommen werden konnte, während bei der Zählung am Wahltag circa 9000 Stimmen herangefloren waren. Es sind aber als „besetzt“ und „blank“ zusammen 4004 Stimmen angegeben, und darunter befinden sich wohl die an den 9000 fehlenden. Das offizielle Resultat von Brooklyn ist 2956, circa 100 weniger, als die Zählung am Wahltag ergeben; diese werden ebenfalls unter den „zerpflitterten“ enthalten sein, deren 8600 angegeben sind. Im übrigen Staate erhielten wir 3797 Stimmen gegen 5627 bei der vorigen Wahl, doch fehlen noch mehrere Wahlbezirke. Im ganzen wird es bei der schon angegebenen Zahl von 18 000 bleiben, gegen 20 000 im vorigen Jahre. Das offizielle Resultat von Connecticut enthält keine Angabe der sozialistischen Stimmen, dagegen 900 zerpflitterte; noch den genauen Zusammenstellungen der Genossen sind aber über 1200 Stimmen auf die Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei gefallen. In den beiden anderen Staaten, in denen dieselbe sich in größerem Umfange an den Wahlen betheiligte, sind keine zerpflitterten 2c. Stimmen aufgeführt und infolge dessen unsere Stimmenzahl dort übereinstimmend mit dem Resultat der Zählung am Wahltag, resp. noch darüber hinausgehend; in Massachusetts erhielten wir danach 3104, in New Jersey 5647 Stimmen.

Man ist mit diesen Resultaten allgemein zufrieden, nachdem die Situation von einem andern Gesichtspunkt aus betrachtet wurde, als vor der Wahl. Selbst für die Stadt New-York wird der Ausfall als ein befriedigender betrachtet, wo die gegen „Tammany Hall“ (hierunter wird der die Stadt New-York beherrschende Korruptionöring verstanden) inscenirte und besonders durch das Untersuchungscomitee der Legislatur geförderte „Reformbewegung“ in Rechnung kam. Man sah dies auch an der Differenz zwischen den für die sozialistischen Kandidaten der verschiedenen Kreise abgegebenen Stimmen. Ich habe früher bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß hier die sozialistische Bewegung erst dann Aussicht auf stetige und progressive Steigerung habe, wenn sie eine wirklich amerikanische geworden sei, d. h. Kern und Leitung aus Amerikanern bestehe. Man hat bei der letzten Wahl der National-Exekutive diesem Gedanken Rechnung getragen, indem in dieselbe zwei geborene Amerikaner und daneben noch zwei Genossen gewählt wurden, welche sich schon so lange im Lande befinden und so vollkommen die englische Sprache beherrschen, daß sie als „vollgiltige“ Amerikaner gelten können. Das ist freilich eine künstliche Amerikanisierung des Parteivorstandes, und damit natürlich nicht das erreicht, was mit jenem Gedanken gemeint ist. Neuerdings nun hat der amerikanische Theil der Sektion New-York einen Antrag gestellt, welcher für diese Stadt obiges Resultat haben soll; derselbe geht nämlich dahin, daß jede Sprachgruppe (die jetzt besondere Organisationen der Sektion N.Y. bilden) als besondere Sektion bestehen, die zu bildende amer. Sektion (resp. Sektion N.Y.) schlechthin, aber sozusagen die Leitende sein solle, obwohl jede der anderen berechtigt sei, Vertreter in das gemeinsame Zentralkomitee im Verhältnis zu ihrer Mitgliedszahl zu delegiren. Dieser Vorschlag ist in der letzten Sektions-Versammlung zur Verhandlung gekommen und hat im Prinzip auch Anerkennung gefunden. Indessen bestand doch einiges Misstrauen in bezug darauf, ob unter den Mitgliedern der amerikanischen Gruppe genügend Klarheit und Prinzipienfestigkeit herrsche, um die Leitung übernehmen zu können. Und dieses Misstrauen ist erklärlich, wenn man in Betracht zieht, wie viele schlechte Erfahrungen schon mit hervorragenden amerikanischen resp. englisch sprechenden Genossen gemacht worden sind; ist es doch noch gar nicht lange her, daß einer derselben, Daly, welcher mehrere Jahre eifrig für die Partei thätig war, plötzlich wieder abprang und zu den „Fleischtopfen“ „Tammany Hall's“ zurückkehrte, und das ein anderer, Solteran, der sogar Mitglied der Nat. Exekutive war, wegen Untriebe gegen die Partei aus derselben ausgeschlossen wurde. Die Sektions-Versammlung akzeptirte denn auch nicht den Vorschlag in der vorliegenden Fassung, sondern setzte ein Komitee ein, welches ihn in passender Weise formuliren soll.

Vom 13. bis 23. v. M. hat in New-Orleans die General-Versammlung des Ordens der „Rights of Labor“ stattgefunden; ich werde darüber im nächsten Briefe weitere Mittheilungen machen und bemerke heute nur, daß nach den vorliegenden Berichten — die Verhandlungen fanden, wie immer, bei „geschlossenen Thüren“ statt — über die Frage der unabhängigen politischen Aktion der Arbeiterklasse nicht verhandelt worden ist. Wie dies kam, obwohl acht sozialistische Delegirte da waren, ist nicht erwähnt. — Powderly und Konforten sollen einen „Staatsstreik“ geplant und die Absicht gehabt haben, einen gerichtlichen „Einhaltsbefehl“ zu erwirken, um das Ordens-Eigentum (welches auf 95 000 Dollar geschätzt ist) in die Klauen zu bekommen. Es wurde aber nichts daraus. — Sovereign ist (ohne daß eine Gegenkandidatur aufgestellt wurde) mit 48 von 36 Stimmen wiedergewählt worden; ebenso die bisherigen Vorstandsmitglieder; Powderly aber wurde wegen „Vertraths an der Arbeiterfrage“ (aus eignen Briefen erwiesen) ausgeschlossen. Darüber soll eine ausführliche Darlegung in Druck erscheinen.

Armenien. Ueber die Vorgänge in Armenien liegen Meldungen aus Konstantinopel und Washington vor. Aus der türkischen Hauptstadt wird telegraphirt:

Hier herrscht große Erregung über die englischen Anschul-digungen in betref der armenischen Vorgänge. Die Porte sieht getroffen dem Resultat der von der englischen Regierung eingesetzten Untersuchungskommission entgegen und giebt die Versicherung, daß die Kommission sehr bald von der Haltlosigkeit der Anklage überzeugt sein werde.

Der Sultan ließ allen Vertragsmächten die Einladung zu geben, Vertreter zu der mit der Untersuchung der armenischen Vorgänge beauftragten Kommission nach Saffan zu senden.

Aus Washington liegt die folgende telegraphische Meldung vor:

Präsident Cleveland legte dem Senate ein Schreiben des Staatssekretärs Gresham, betreffend die Vorgänge in Armenien, vor. Cleveland richtete auch seinerseits ein Schreiben an den Senat, in welchem er feststellte, daß keine Berichte über Graus-

fanktionen eingegangen sein außer den von der türkischen Regierung demontierten Zeitungsberichten und den Telegrammen des amerikanischen Gesandten in Konstantinopel, wonach der Großvezier erklärt habe, daß in Armenien ein Aufstand ausgebrochen sei. Cleveland sagte hinzu, nichts rechtfertige eine Intervention der Vereinigten Staaten. —

Vom chinesischn-japanischen Kriegsschauplatz liegen heute folgende Meldungen vor:

Die zum Angriff auf Futschou abgegangene Kolonne der zweiten japanischen Armee ist bis jetzt auf keinen Widerstand gestoßen. Es wird angenommen, daß sich die chinesischen Truppen in Nutschuang zusammenziehen. Die Abtheilung der ersten Armee, welche auf Haisching vorrückte, hat Widerstand gefunden, aber ihr Vordringen fortgesetzt. Marschall Yamagata ist von Kanton abgereist.

Die Londoner Blätter veröffentlichen eine Depesche aus Antong, wonach die Division des Generals Tschimi gestern bei Kinkuahu auf den Feind stieß und ihn mit großen Verlusten geschlagen hat. Die Chinesen leisteten tapferen Widerstand, wurden aber auseinandergeprengt und von den Japanern mehrere Meilen verfolgt. Die Japaner hatten 40 Tote und Verwundete, die Chinesen 100 Tote und viele Verwundete.

Wie aus Tientsin gemeldet wird, hat eine japanische Truppenabtheilung die Befestigung Kutschow, an der Straße von Peking nach Norden gelegen, eingenommen. Bei Kinkuahu sind die Chinesen nach diesem Gefecht geschlagen worden und nach Tschensou geflüchtet. Die Japaner hatten 40 Tote und Verwundete zu verzeichnen; auf Seite der Chinesen betrug der Verlust 100 Tote und zahlreiche Verwundete.

Parteinachrichten.

Von der Agitation. Ueber den Kampf gegen den Umsturz sprach am letzten Sonntag der Genosse J. Kuer in einer von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung in Potsdam. Dem sehr dreistündigen Vortrage, in dem der Redner, für Jedermann äußerst klar und verständlich, die gegenwärtige politische Lage mit vernichtender Schärfe kritisierte, sollte die Versammlung ungetheilten, stürmischen Beifall. — Der Genosse Bruhnus-Bremen macht gegenwärtig eine Agitationsreise durch Hannover, um Protest-Versammlungen abzuhalten gegen die geplante Tabak-Fabrikationssteuer. Am 8. Dezember sprach er vor einer gut besuchten Versammlung in Münden. Die Versammlung, an der auch verschiedene Fabrikanten wie auch Angehörige anderer Berufsstände teilnahmen, beschloß alsdann einstimmig folgende Resolution: „In anbetraht 1. daß durch eine neue Belastung des Tabaks, welcher Art und Form sie auch sein möge, der Konsum wesentlich zurückgehen und dadurch ein höherer Ertrag in Frage gestellt würde; 2. daß Tausende und Abertausende von Arbeitern, die in der Industrie beschäftigt sind, brotlos gemacht und dadurch die Löhne der Beschäftigten naturgemäß heruntersinken würden; 3. daß die kleineren und mittleren Betriebe ihre Geschäfte nicht in bisheriger Weise fortführen könnten, vielmehr einen sicheren Ruin entgegen gehen würden, protestiert die heutige Versammlung energisch gegen jede weitere Belastung des Tabaks, sowie der notwendigen Lebensmittel und spricht zugleich die Hoffnung aus, daß die hohen gesetzgebenden Körperschaften obige Gründe in Erwägung ziehen mögen, und für die Bedürfnisse des Reiches nur durch progressive Einkommensteuer Deckung suchen werden.“

Ueber das gleiche Thema referierte der Genosse Dolinski-Mannheim in einer großen Anzahl badischer Städte. Die Versammlungen waren meist gut besucht, auch von Anhängern anderer Parteien, überaus nahm man durch Resolutionen entschiedene Stellung gegen die Steuer. — Genosse Dr. Quark aus Frankfurt a. M. referierte im Laufe der letzten Wochen in Stuttgart in Volksversammlungen, als auch in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen, sodann in Mannheim und Ludwigshafen.

Welch heiterer Ausblick sozialdemokratischen Redakteuren sich eröffnet, sobald das „Umsturzgesetz“ mit seinen Kaufschuparagraphen Gesetzeskraft erlangen sollte, möge an einer Gerichtsverhandlung näher beleuchtet werden, die sich kürzlich in Frankfurt a. O. abspielte. Genosse Jappan, Redakteur der „Märkischen Volksstimme“ war angeklagt wegen Aufreizung. In dem der Anklage zu Grunde liegenden Artikel wurde das Leben und Treiben der Befehlshaber an einem schönen Sonntag Nachmittag beleuchtet und dabei die Wendung gebraucht, daß es hoffentlich bald anders werde und das Pferd, das den Hofen verleihe, ihn auch wirklich bekomme. Unser Genosse J. wies darauf hin, daß von einer Aufreizung keine Rede sein könne, sondern die Veröffentlichung nur den Zweck habe, den Gegensatz zwischen Reich und Arm, wie er sich heute zeige, den Lesern vor Augen zu führen und darauf hinzuwirken, daß gerechtere Zustände herbeigeführt würden, sei doch in den letzten Tagen von höchster Stelle darauf hingewiesen worden, daß es Pflicht der Gesetzgebung sei, die Gegensätze zwischen Reich und Arm zu mildern. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft klammerte sich an den Satz, daß es hoffentlich bald anders werde, indem er diesen als gewalttätige Aufreizung betrachtete, für deren Schühne er sechs Monate Gefängnis beantragte. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Heilmann-Berlin, führte aus, daß die allgemeine Kritik nicht strafbar sei und betonte, daß der zitierte Satz keine Aufreizung enthalte, mithin nicht strafbar sei, wohl aber in der neuen Umlaufvorlage strafbar zu machen gesucht werde, wäre derselbe strafbar, dann sei dieser Passus der Umlaufvorlage überflüssig. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft mußte wohl fühlen, daß der Verteidiger mit seinen Deduktionen im Recht war und da er unseren Genossen nicht straffrei ausgeben lassen wollte, beantragte er, im Falle das Gericht wegen Aufreizung zur Freisprechung kommen sollte, Bestrafung wegen groben Unfugs. Der Gerichtshof erklärte jedoch die Aufreizung in zwei Fällen für vorhanden, die er jede mit einem Monat Gefängnis in Anrechnung brachte, die er in eine Gesamtstrafe von 6 Wochen umwandelte. Die Revision ist angemeldet.

Ueber eine interessante Versammlung in Langenbiela u. schreibt man uns: Hier fand letzten Sonntag (9.) eine von anarchistischer Seite einberufene Volksversammlung statt, welche nahezu sieben Stunden dauerte. Auf Verlangen der Versammlung ließ der Einberufer ein Bureau wählen und der Referent Bertram sprach nun über „Der Anarchismus und seine Gegner unter besonderer Berücksichtigung der Sozialdemokratie“. Er meinte, daß alle Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, in Auflösung begriffen seien. Trotz aller Einigkeitserklärungen gebe es in der sozialdemokratischen Partei sechs verschiedene Richtungen, eine revolutionäre und eine kleinbürgerlich-ständische. Das zeige auch der Frankfurter Parteitag wieder. Er (Bertram) sei gegen die Propaganda der That, jedoch, fügte er später hinzu, sei es nicht vom Uebel, wenn sich Attentate ereignen. Es sei sehr die Frage, ob sich die Sozialdemokratie ebenso scharf gegen die geplanten Ausnahme-gesetze wenden würde, wenn sie wüßte, daß dieselben nur den Anarchismus treffen sollten. Auch meinte er, daß schon heute ein großer Teil der Arbeiter den Ertrag seiner Arbeit bekommt, weckte aber mit dieser lächerlichen Behauptung eine wahre Lachsalbe, so daß er in der Diskussion diese Bemerkung abzuschwächen versuchte. — Genosse Kühn sprach hierauf, und als er bei Besprechung der Attentate meinte, daß, abgesehen von der Zwecklosigkeit und Schändlichkeit derselben, doch auch Unschuldige, sogar der eigene Bruder dabei zu Grunde gehen könne, rief Herr Bertram dazwischen: „Das schadet auch weiter nichts.“ Wenn er bis hierher einige Sympathie bei der Versammlung hatte, so änderte dieser Zwischenruf die Sachlage sofort. Kühn, Feldmann und noch einige Genossen

traten dem Referenten entgegen, den sozialdemokratischen Standpunkt während und den Referenten auf seine zahllosen Widersprüche festmagelnd. Die Diskussion war bis zuletzt sachlich und die Versammlung ruhig; als jedoch Bertram persönliche Verdächtigungen und Beschimpfungen hiesiger Genossen vorbrachte, wurde von unseren Rednern auch in schärferer Tonart gesprochen. Eine die anarchistische Lehre verwerfende Resolution wurde einstimmig angenommen. Ferner beschloß die Versammlung, die Telleransammlung den ausgesperrten Berliner Brauern zu überweisen, also dem Referenten, laut seiner eigenen Theorien, nichts zu geben. Die Herren Anarchisten (deren es hier bloß höchstens ein halbes Duzend giebt) aber verweigerten die Herausgabe des Geldes und nahmen Reißaus!! Ein stürmisches Hoch auf die Sozialdemokratie beschloß die Versammlung.

Die beiden Esslinger Genossen Bueh und Doppler sind bei den am 8. und 9. stattgehabten Kreisversammlungen in Mülheim diesmal nicht gewählt worden.

Die sozialdemokratische Partei Württembergs ist gegenwärtig sehr stark beschäftigt mit der Agitation zur Landtagswahl. Am nächsten Sonntag soll im ganzen Lande ein Wahlflugblatt zur Verbreitung kommen.

Arbeiterschutz-Gesetz vor dem schweizer Nationalrath. Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Zugestimmt wurde vom Nationalrath dem Kommissionsantrag auf Freigabe des Sonnabend Nachmittags für Fabrikarbeiterinnen, wozu die Anregung, wie der Referent Curti erklärte, von Seiten der Fabrikinspektoren gegeben wurde. Ferner fand Annahme der Kommissionsantrag auf Wiederaufnahme der internationalen Verhandlungen über die Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Die Kommission ließ durch ihren Referenten erklären, daß diese ein Mittel seien, für die Einschränkung der Arbeitszeit thätig zu sein. Gelänge es uns, über einige wesentliche Punkte der Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu Abmachungen der Staaten zu kommen, so würde in Forderung des zehnstündigen Normalarbeitstages nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie angefochten werden. Der Schutz der Vereinbarkeit für die Arbeiter soll durch Aufnahme bezüglicher Bestimmungen in das kommende eidgenössische Strafgesetz gewährt werden. Die verlangte Abschaffung der politischen Polizei wurde abgelehnt, da der jetzige Zeitpunkt hierzu nicht geeignet sei, in dem die anarchistische Propaganda der That wegen der Beziehungen zu den Nachbarstaaten auch die Schweiz zu erhöhter Wachsamkeit auffordert.

Die praktischen Ergebnisse der nun mehrere Jahre anhängigen Arbeiterschutz-Fragen sind demnach ziemlich geringe. Immerhin wurde mit der Freigabe des Sonnabend Nachmittags für Fabrikarbeiterinnen, mit der Vermehrung der Beamten der Fabrikinspektion, dem Schutze des Vereinsrechts gegen brutale Unternehmer etwas nicht Unbedeutendes, ein neuer sozialer Fortschritt errungen. Einen solchen könnte man sich vielleicht auch eher versprechen von einer internationalen Arbeiterschutz-Konferenz auf Veranlassung der Schweiz und in der Schweiz mit ihrer fortgeschrittenen Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihren mannigfaltigen sozialpolitischen Einrichtungen. Daß die wiederholt gegebene Anregung zur Einführung des Zehn- an Stelle des Elfstundentages im Fabrikgesetz immer wieder ergebnislos bleibt, darf einzig der sozialpolitischen Rückständigkeit des Auslandes — der Konkurrenz gegen die schweizer Industrie — zugeschrieben werden. Ohne diese Rückständigkeit verlor die Argumente der kapitalistischen Gegner gegen den gesetzlichen Zehnstundentag jede durchbringende Kraft.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Auflösung des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen in Elberfeld wurde von dem zum Entscheide angerufenen Gerichte bestätigt. Letzteres nahm an, daß der Verein sich mit politischen Fragen beschäftigt hat, was von den Angeklagten auch nicht bestritten wurde. Diese politischen Fragen waren jedoch in öffentlichen Versammlungen des Vereins besprochen worden. Nach einem Urtheil des Kammergerichts werden nun aber solche öffentlich angemeldeten Versammlungen des Vereinsversammlungen gleichgestellt, weshalb die Schließung des Vereins vom Gerichte beschlossen wurde. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Florenz Voigt, wurde zu 30 Mark Strafe ev. 6 Tagen Haft verurtheilt; die übrigen Vorstandsmitglieder wurden freigesprochen, weil sie neu gewählt waren und nicht erwiesen wurde, daß innerhalb ihrer Amtsdauer neue Mitglieder aufgenommen worden sind. Die Beschlagnahme der Bibliothek wurde aufgehoben; die Bücher sind an Frau Voigt abzuliefern.

Hans Blum hat den Genossen Langenstein in Plauen wegen Urkundenfälschung denunziert. Die Urkundenfälschung soll darin bestehen, daß Langenstein ohne Auftrag das inkriminierte „Rubensbild“-Flugblatt mit „Das Wahlkomitee“ unterschrieben habe. — Ob er damit Glück haben wird? Ein Wahlflugblatt zu einer „Urkunde“ zu stempeln, dürfte doch wohl etwas schwierig sein.

Vom Reichsgericht verworfen wurde die Revision des Genossen Seige in Pöfned. I. H. R. Genosse Seige ist bekanntlich von der Strafkammer zu Ludolstadt wegen angeblicher Verlesung des Frhr. Erffa-Wernburg in 3 Fällen zu 10 Wochen Gefängnis verurtheilt worden.

Die zwei Zeugen, zwei Gendarmen, haben unter Eid, nach Angabe Seige's, falsche Angaben erstattet und dieselben beeidigt. Seige hat die Falschheits-Anzeige angestrengt und Wieder-aufnahme des Verfahrens beantragt.

Gebausucht wurde am Dienstag Vormittag in den Räumen der Redaktion und Expedition der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Es wurde von fünf Polizeibeamten geschnitten nach dem Manuskript des Leitartikels in Nr. 288 der „Schwäbischen Tagwacht“, betitelt: „Die Kinder der Finsternis und die Kinder des Lichts“, in welchem die Staatsanwaltschaft eine Gotteslästerung erblickt. Das Manuskript wurde aber nicht gefunden.

Soziale Uebersicht.

Der städtische Arbeitsnachweis, den die Kommune Elberfeld eingerichtet hat, bringt die Herren von der Stadtverwaltung allmählig zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitslosigkeit wirklich eine große ist und nicht bloß in der Phantasie der „Deher“ besteht. Der Vorsitzende der Arbeitsvermittlungsstelle erklärt, wie unser Elberfelder Partei-Organ mittheilt, in dem dortigen Amtsblatt die Aufforderung an die Arbeitgeber, sich des Instituts zur Arbeitsvergebung zu bedienen. Es seien, so heißt es in der Bekanntmachung, bereits so viele Gesuche um Arbeit eingelaufen, bis heute habe aber nur ein geringer Theil der Gesuchsteller bedient werden können. — Unser Bruderorgan fordert dann die Arbeitslosen auf, sich ja alle in der Arbeitsvermittlungsstelle einzutragen zu lassen. Vielleicht haben die kommunalen Institute wenigstens das Gute, daß sie das Märdchen, Jeder, der arbeiten wolle, bekomme Arbeit, zerstören helfen.

Zur Errichtung einer Heilstätte für Lungenkranke bewilligte der Ausschuss der hiesigen Invaliditäts- und Krankenversicherung zu Lübeck 807 000 Mark.

Einen Minimallohn für Kommunalarbeiter will der Gemeinderath von Namur (Belgien) in seiner nächsten Sitzung einführen.

Das Fehlen von Schuhvorrichtungen in den Fabrikanlagen hat schon manchen Arbeiter das Leben oder doch die Gesundheit gekostet. Nur selten wird in solchen Fällen die

Profitgier der Fabrikanten genügend bestraft. Dieser Tage aber geschah es doch, daß in Gernsbach zwei Mühlenbesitzer und ein Kuffcher zu 4, 2 und 1 Woche Gefängnis verurtheilt wurden, weil sie durch das Fehlenlassen von Schuhvorrichtungen den Tod eines Arbeiters herbeigeführt hatten.

Arbeiterversiko. Bei Ruhrort fand auf einem Bugfirdampfer eine Kesselexplosion statt. Das Schiff ist zertrümmert und sofort gesunken. Der Kapitän Kreyer und der Maschinist Philippen sind getödtet.

Der Verlag der Schulbücher ist im Kanton Zürich Staatsmonopol. Der Umsatz belief sich im Jahre 1893 auf 87 979 Franks (1892: 77 249 Franks). Die betreffenden Arbeiten wurden an 55 (1892: 41) Buchbinder vergeben und ihnen 26 910 Franks gezahlt. Die Regierung hat die Einstellung gestoppt, daß ihre Arbeiten an die Buchbinder in allen Theilen des Kantons zur stillen Geschäftszeit abgegeben werden. Wo die Bedürfnisse des Lebens und nicht bürokratischer Unverstand und Rücksichtslosigkeit die Handlungen der Behörden bestimmen, kommen sie dem Volke entgegen und genießen dann allerdings auch dessen Achtung und Sympathie.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Lungenpapier-Branche! Kolleginnen und Kollegen! Das brüske Auftreten des Werkmeisters Tiede beim Kommerzienrath Krause in der aufgelösten Werkschüler-Versammlung am Sonnabend, den 8. d. M., nöthigte uns, unverzüglich eine öffentliche Versammlung aller in unserer Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Donnerstag, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“ einzuberufen. In dieser Versammlung sollen die Mißstände in der Fabrik von Max Krause einer eingehenden Kritik unterzogen werden, ebenso soll dem Werkmeister Tiede die gebührende Antwort auf seine Verdächtigungen und Verleumdungen gegeben werden. Es ist daher Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, pünktlich und vollzählig am Platze zu sein. Der Vertrauensmann.

Achtung! Holzarbeiter! (Telegraph.) Sämmtliche Arbeiter der Hofmöbelfabrik von Keutlinger u. Komp. in Karlsruhe haben die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Ein Bäckerstreik ist nach der „Norddeutschen Allgemeinen“ in der Hamburger Vereinsbäckerei, die von den dortigen Sozialdemokraten vor 8 Jahren gegründet worden sei, ausgebrochen. Infolge der den Gehilfen in dieser Bäckerei zu Theil gewordenen Behandlung — es wurde der ihnen gewährte freie Tag in der Woche ihnen entzogen und als Extraarbeit aufgegeben, Nachmittags der Reihe nach die Ofen zu heizen — haben sammtliche 16 Bäcker die Arbeit niedergelegt. Bemerkenswert sei, daß die sozialdemokratische Bäckerei ihren Arbeitern gerade diejenigen Arbeiten anvertraut, welche dieselben bei dem erwähnten Streik für die bürgerlichen Meister auszuführen sich weigerten. — Wir können nicht kontrollieren, inwieweit die Nachrichten der „Norddeutschen“ auf Wahrheit beruhen, jedenfalls bringt unser heutiges Hamburger Partei-Organ hiervon kein Wort. Sei dem aber, wie da wolle, wir brauchen hier kaum zu wiederholen, was wir schon oft betont, daß die Sozialdemokratie mit dem Genossenschaftswesen nichts zu thun hat, daß sie nicht verantwortlich gemacht werden kann für das, was unter dieser Flagge gesündigt wird. Hervorgehoben ist weiter schon worden, daß alle jene Unternehmen unter der Herrschaft des Kapitalismus keinen anderen als kapitalistischen Charakter haben können.

Zugung von Formern nach Kuerbach i. B. ist streng fernzuhalten.

Zum Schuhmacherstreik in Mainz schreibt die Mainzer „Volksstimme“: Um falschen Gerüchten vorzugeben, sei berichtet, daß zwar Verhandlungen stattgefunden haben, daß der Fabrikant aber erklärte, auf die Forderung der Bezahlung der Reparaturen nicht eingehen zu können. Bereit sei er, den Zwickern eine Zulage von 2 Pf. per Paar Ledertiefel zu machen. Nach kurzer Berathung lehnten die Ausständigen das Angebot ab, weil die „Zulage“ nur die Folge haben würde, den Chikanen des Verfalls nach mehr Spielraum zu gewähren und das Zuweisen angeblich mangelhafter Arbeit noch zu vermehren. Um den Streik nachhaltiger zu gestalten, legten hierauf auch die Stenzer die Arbeit nieder, wodurch die Zahl der Streikenden auf 41 gestiegen ist, darunter 28 Verheirathete. Der Streik dauert also fort, Aussicht auf Sieg ist vorhanden, wenn die Streikenden materiell unterstützt werden.

Ein Vergarbeiter-Versammlung in Bardleben bei Naechen nahm Stellung zum Vergarbeiter-Kongress und wählte den Bergmann Steffens als Delegirten. Auch eine Zahlstelle des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes wurde gegründet. Bemerkenswert ist die Versammlung noch dadurch, daß ein Beamter die Ueberwachung ausübte, der zugleich Inspektor der Knappschaftskasse ist. Er betheiligte sich an der Diskussion, suchte den Genossen Hue-ffen, der als Referent anwesend war, zu widerlegen, indem er die Zustände in dem Bummreviere in den rothigen Farben schilderte. Sobald einer der Redner die Knappschaftskasse angriff, drohte er mit Auflösung, im übrigen sprach er immer ohne weiteres mit in die Verhandlungen hinein, sodas Genosse Hue den berechtigten Ausspruch thun konnte: „Einmal springt Herr Reß auf als Polizeibeamter, dann bleibt der Knappschaftsbeamte sitzen, das andere Mal sieht der Polizeibeamte und der Knappschaftsbeamte nimmt das Wort. Wirklich häßliche Zustände sind hier im Bummreviere, das muß man sagen.“ Nichtsdestoweniger war der Erfolg der Versammlung ein äußerst guter. Die Vergleute, die zum Theil stundenweit hergekommen waren, spendeten dem Redner großen Beifall und betheiligten sich lebhaft an der Debatte.

Depeschen.

Frankfurt a. M., 12. Dezember. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Stuttgart wird das Ausschreiben für die Landtagswahlen unmittelbar nach den Feiertagen in dem Regierungsblatte erscheinen. Die Wahlen werden am 30. Tage nach der Ausgabe der Regierungsblätter, frühestens am 26., event. am 28. oder 29. Januar vorgenommen werden.

Rom, 12. Dezember. Depntirtenkammer. (Fortsetzung.) Am Schlusse seiner Rede vertheidigt sich Bonacci gegen die persönliche gegen ihn gerichteten Vormürfe und stellt sich in dieser Beziehung zur Verfügung des Hauses. Crispi fordert die Kammer auf, einen Tag festzusetzen, um die sehr ernste Frage zu berathen. (Sehr gut.) Der Justizminister Calenda weist die Angriffe Bonacci's zurück und vertheidigt das Verhalten der Regierung. Damiani erklärt im Namen der Fünferkommission zur Prüfung der Schriftstücke Giolitti's, daß die Kommission ihre Arbeiten, die sie energisch fortsetze, noch nicht beenden konnte, daß sie jedoch baldigh der Kammer Bericht erstatten werde. Daraus wird die Sitzung aufgehoben.

(Deveschen-Bureau Herold.) Paris, 12. Dezember. Aus Roubaix wird berichtet, daß dort drei belgische Arbeiter einen französischen Arbeiter durch Messerstiche ermordet haben.

Paris, 12. Dezember. Einer Meldung des „Echo“ zufolge will der Kriegsminister ein Gesetz einbringen, betreffend die Umänderung der Ausrüstung der Infanterie unter Anwendung des Aluminiums. Das Gewicht, welches bisher 26 1/2 Kilogramm betrug, soll jetzt für jede Ausrüstung auf 24 Kilogramm reduziert werden.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 290.

Donnerstag, den 13. Dezember 1894.

II. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 12. Dezember 1894, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, Bronsart v. Schellendorff, Hollmann.

Das Haus genehmigt zunächst den Antrag Auer und Genossen wegen Einstellung der gegen die Abgg. Vogtherr, Kühn, Stadthagen und Schmidt-Berlin schwebenden Strafverfahren und setzt dann die erste Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1895-96 fort.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die gestrigen Redner haben ihrer Freude darüber Ausdruck gegeben, daß bei dem vorgelegten Etat niemand mehr an neue Steuern denken könne. Dieses Thema variiert Herr Richter seit 25 Jahren. Wenn wir die Ausgaben nicht vergrößern, dann brauchen wir keine neuen Steuern. Wenn eine neue Steuer schon in Aussicht genommen ist, so versteht Herr Richter es, das Projekt zu zerlegen, daß nichts davon übrig bleibt. Jede Steuer, die vorgelegt wird, ist die allerletzte, die es gibt. Herr Richter ist ein großer Virtuos in dieser Beziehung. Er malt rosig, wenn es sich um neue Steuern handelt, er malt aber schwarz, wenn es sich um neue Ausgaben handelt, z. B. bei der Militärvorlage. Die Ausgaben waren unerträglich und belastend, aber gleich nochher, als die Bedingung geschäftlich werden sollte, da war wieder alles rosig. Herr Richter hat aber vergessen, daß 15 Millionen gespart werden durch die niedrigen Getreidepreise. Ich bin nicht ganz einverstanden mit der Thronrede. Ich wünschte, daß die Einzelstaaten noch Ueberweisungen erhalten, damit sie die Ausgaben erfüllen können, welche sie mit den direkten Steuern nicht zu erfüllen vermögen, namentlich die Erhöhung der Beamtengehälter. Aber eine feste Grenze muß für die Einzelstaaten unbedingt hergestellt werden, damit die Einzelstaaten wissen, wie weit ihre Belastung geht. Namentlich kommen die kleineren Einzelstaaten dabei in Betracht. Vor einigen Jahren erhielten die Einzelstaaten noch 50-60 Millionen Mark vom Reiche ausgezahlt, jetzt müssen sie dem Reich noch etwas zahlen. Solche Schwankungen müssen jede vorsichtige Finanzverwaltung fürchten und hier muß unbedingt abgeholfen werden. Wir zahlen immer noch weniger indirekte Steuern als die andern Kulturländer; wir können diese Steuern also immer noch etwas mehr belasten. Namentlich erscheint der Tabak als ein sehr werthvolles Objekt dafür. Wenn von der Belastung der ärmeren Klassen gesprochen wird, so muß man dem immer die großen Kosten der sozialpolitischen Gesetzgebung gegenüberhalten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ja, Sie Herr Singer, würden ja vielleicht den wohlhabenden Leuten noch mehr Eifer anfertigen. Aber die Kosten der Versicherungsgesetze sind groß genug für die Arbeiter, so daß sie nicht erhöht werden dürfen. Herr Richter sprach vom Staatsrecht und ähnlichen Dingen. Er scheint die Nöthigung des Wahlrechts als ganz ausgeschlossen anzusehen. Aber ist denn die Forderung der Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Frauen nicht eine sehr erhebliche Umgestaltung des Wahlrechts? Warum soll nicht auch eine andere Umgestaltung des Wahlrechts auf verfassungsmäßigem Wege möglich sein? Warum sollte es z. B. nicht möglich sein, alle diejenigen von der Wahl auszuschließen, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben. Ist das geistige Niveau des Reichstages nicht so tief gesunken, daß es notwendig ist, durch Abänderung des Wahlrechts dasselbe wieder zu heben? Herr Richter hat da wahrscheinlich an Herrn Constantin Höpfer gedacht; aber derselbe ist ein ganz selbständiger Politiker und hat mit den Parteien nichts zu thun. Bezüglich der Kolonialpolitik nimmt die freisinnige Partei noch denselben Standpunkt ein wie vor 1886, wo das Wort fiel, daß Preußen der Großmachtthum ausgetrieben werden müsse. Die Freisinnigen verheben nicht, daß Deutschland im Interesse seiner Weltmarktstellung Kolonialpolitik treiben muß, die ja auch die Unterthänigung der Mehrheit des Reichstages gefunden hat. (Beifall rechts.) Bezüglich des Ministerwechsels ist Herr Richter vom Bundesrathstische schon das Nöthige gesagt worden. Wenn er dem Grafen Caprivi warme Worte der Anerkennung gesendet hat, so ist das begreiflich, aber ich kann ihm darin nicht zustimmen. Wenn der Ministerpräsident und der Reichskanzler gleichzeitig fortgehen, so gehört es sich eigentlich, daß das gesamte Ministerium seine Portfeuille zur Verfügung stellt. Das entspricht nicht bloß dem konstitutionellen System, sondern allein dadurch kann der Krone die Freiheit ihrer Entscheidung gewahrt werden. Wir haben weder in Preußen noch im Reiche ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz, aber trotzdem macht man hier die Chefs der Reichsämter für ihre Handlungen verantwortlich und nicht den Reichskanzler. Die Reichsämter erfüllen also selbständig die Funktionen der Ministerien. Die gestrigen Ausführungen des Herrn Richter beweisen, daß seine Unkenntnis der landwirthschaftlichen Verhältnisse beinahe so groß ist, wie die eines Berliner Geheimraths. (Große Heiterkeit.) Nicht bloß über den Großgrundbesitz ist eine Nothlage hereingebrochen; an die Großgrundbesitzer an sich handelt es sich dabei nicht, an deren Stelle treten vielleicht andere. Aber wenn es dem Bauernstand schlecht geht, dann sehe ich schwarz in die Zukunft. Im Westen ist es nicht so schlimm als im Osten, wo z. B. in einem einzigen Dorfe fünf bäuerliche Besitzer in Konkurs gekommen sind. (Hört! rechts.) Wenn Herr Richter diese Verhältnisse kennen würde, hätte er den Leuten nicht die höhnischen Worte zugerufen, die er gestern gesprochen. Die Nothlage ist nicht bloß für die Landwirtschaft vorhanden, sondern auch für die Industrie, welche den Export nach den Silberländern verloren hat, so daß die Waaren auf den heimischen Markt drücken. Dazu kommt, daß ein großer Theil der Hypotheken, die früher als sicher angesehen wurden, jetzt als unsicher erscheinen. (Sehr richtig! rechts.) Diesen Ernst der Lage erkennen auch die Reisten wohl an; man will nur von unsicheren Experimenten nichts wissen. In der Silber-enquete konnten wir von der Minderheit manches nicht durchsehen, so zum Beispiel die Vernehmung des Professors Adolf Wagner. Aber Deutschland könnte sich ein großes Verdienst um die Währungsfrage erwerben, wenn es die Münzkonferenz wieder zusammensetzen wollte. Das Preisniveau würde sofort wieder steigen. Die Person des gegenwärtigen Herrn Reichskanzlers begrüßen wir mit großem Vertrauen; wir kennen ihn seit langen Jahren als einen Mann von gereifter Erfahrung und von mildem, verständlichem Wesen, der das deutsche Staatsgeschick auch durch Klippen glücklich hindurchbringen wird; der durch seine patriotische Gesinnung, die er seit seines Lebens beibehält, die Bürgerschaft dafür gibt, daß er auch im Sturme das Steueruder zu lenken wissen wird. Ich kann ihm nur die besten Wünsche entgegenbringen und ihm die Versicherung geben, daß meine Freunde alles daran sehen werden, um die Schwierigkeiten auf seinen Wegen innerhalb und außerhalb des Parlaments hinwegzuräumen.

Abg. Nickerz (Zf. Bg.): Die bisherigen Reden haben bewiesen, daß die Mehrheit des Reichstages nicht gewillt ist, angesichts dieses Etats neue Steuern zu bewilligen. Wenn man bloß erreichen will, daß Matrikularbeiträge und Ueberweisungen sich ausgleichen, so ist das durch den Etat eigentlich schon erreicht; ja, wenn der Reichskasssekretär sich wie beim laufenden Etat um einige Millionen geirrt hat, dann haben wir schon eine

erhebliche Ueberweisungssumme. Das Versprechen, welches ich bei der Militärvorlage gegeben habe, werde ich halten; ich werde keine Steuer bewilligen, welche noch unten hin drückt, und ich habe dabei Bundesgenossen in den Herren Ossann und Wasserermann, welche trotz des nationalliberalen Steuerfanatismus sich gegen die Tabaksteuer ausgesprochen haben. Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern können leicht ein paar Millionen mehr aufkommen, als veranschlagt sind. Gewiß muß man bei der Veranschlagung der Zölle vorsichtig sein, namentlich wenn man sich nicht in normalen Verhältnissen befindet. Aber solche normale Verhältnisse sind nicht vorhanden und deshalb wollen wir eine dauernde, ein ganzes Gewerbe schwer belastende Steuer, wie die Tabaksteuer, nicht bewilligen, wenn der Ausgleich auf andere Weise gefunden werden kann. Die Zuckerfabriken haben in den letzten Jahren zehn Prozent Dividende gegeben; da kann von einer Nothlage kaum die Rede sein. (Zuruf des Abg. v. Mantuffel: Das ist doch keine Landwirtschaft!) Die Landwirthe sind an den Fabriken betheiligt. Es ist auffällig, daß die Reichsfinanzverwaltung es gerade in diesem Jahre für angebracht hält, die Anleihen zu beschränken und die einmaligen Ausgaben auf die ordentlichen Einnahmen anzuweisen, während das Extra-Ordinarium erheblich herabgesetzt worden ist. Unsere Finanzverhältnisse werden nicht normal, so lange wir nicht einen beweglichen Faktor in einer quotierten direkten Steuer haben. Der bedeutlichste Faktor ist die Marine, deren Ausgaben in bedenklicher Weise anwachsen. Aus der Rede des Fürsten Hohenlohe geht hervor, daß der neue Reichskanzler in bezug auf die Kolonialpolitik und die Marine ein ganz neues Programm hat. Für diese beiden Zwecke werden große Mittel gebraucht und damit wird die Finanzreform motiviert. Deshalb müssen wir besonders vorsichtig sein. Herr v. Plösch hat erklärt, daß die Ausgaben für die Marine nicht mehr getragen werden könnten; ich bin gespannt darauf, wie er sich beim Marineetat verhalten wird. Mit dem Fürsten Hohenlohe bin ich in der Beziehung einverstanden, daß die Schutzpolitik des Fürsten Bismarck der Landwirtschaft weniger genügt hat als der Industrie; die Landwirtschaft war geprellt. Daß der Reichskanzler die Handelsverträge respektiert, ist selbstverständlich; die Regierung kann nicht zu denen gehören, welche die Handelsverträge mit dem Schwert in der Hand aufheben möchten. Dem Grafen Caprivi und seinen Mitarbeitern rechnet man es im Lande hoch an, daß sie durch die Handelsverträge den verheerenden Zollkrieg verhindert haben, der sonst ausgebrochen wäre. Den Nutzen der Handelsverträge beitreten die Agrarier allerdings; sie sind durch Zahlen nicht zu überzeugen; sie behaupten immer dasselbe. (Zuruf rechts: aber das Richtige!) Natürlich können die Handelsverträge nicht plötzlich ein Eldorado schaffen. Von einer allgemeinen Nothlage der Landwirtschaft kann keine Rede sein; die Verhältnisse sind sehr verschieden und namentlich die Bauern befinden sich vielfach in guter Lage. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Enquete, die der Bund der Landwirthe mit so großem Geräusch angekündigt hat. Hoffentlich kommt Herr v. Plösch mit dem Ergebnis demnächst hervor. Was hat der Bund der Landwirthe erreicht und was wird er erreichen können? Der Reichskanzler sprach von unüberwindlichen Problemen, aber welche sind die unüberwindlichen Probleme. Der Antrag Kanitz und die Kardorff'sche Silbermünzfrage? Wie steht der Reichskanzler dazu? Welche Enttäuschung würde in die Reihe der Landwirthe kommen, wenn die Goldmünzfrage vernichtet würde. Dieser wie jeder Regierung werden wir alles notwendige bewilligen; wir gehören nicht zu denen, die wie Herr von Plösch alles ablehnen wollen. (Zuruf des Abg. v. Plösch: Nun lassen Sie mich doch endlich in Frieden! Heiterkeit.) Die eine Thatsache, daß Anklage gegen den Abg. Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung erhoben werden soll, ist für mich ein Beweis, daß der neue Kurs sehr bedenklich ist. Seit dem Ministerium Lippe sind solche Dinge nicht vorgekommen. Die Regierung sollte Achtung vor den Rechten der Volksvertretung haben, ich muß annehmen, daß es sich um ein vollständig bewußtes Vorgehen der preussischen und der Reichsregierung handelt. Sollte das nicht der Fall sein, sollte es sich nur um Vorgehen eines untergeordneten Beamten handeln, so wäre das Vorgehen auch immer noch auffällig genug. Mit Strafmanteln sind die Sozialdemokraten nicht zu belästigen; das zeigt das große Strafregister, welches die sozialdemokratische Partei führt. Es gibt als einziges Mittel nur eine vollständige Politik, durch welche allein der Sozialdemokratie ihre Anhänger abspenstig gemacht werden können. Die Kritik der Verwaltung seitens des Parlaments widerspricht nicht den monarchischen Prinzipien; das hat Fürst Bismarck selbst mehrmals ausgesprochen. Diese Politik werden wir auch in diesem Jahre treiben und wir glauben dadurch dem Vaterlande mehr zu dienen, als durch Ausnahmengesetze und ähnliche Maßregeln. (Zustimmung links.)

Reichskasssekretär Graf Posadowsky: Den Gedanken, daß die Gesetzgebung der letzten 20 Jahre der Industrie mehr Vortheil gebracht habe, als der Landwirtschaft, kann der Abg. Nickerz nicht verstehen, die Sozialdemokraten haben eine größere volkswirthschaftliche Einsicht bewiesen, denn sie haben in Frankfurt erklärt, daß es unvorsichtig und unrichtig, sogar tödlich wäre, wenn man die schwierige Lage des deutschen Bauernstandes leugnen wolle. Das haben sie doch nicht erklärt aus Liebe für den deutschen Bauernstand, sondern den deutschen Bauer mit seinen nageleschlagenen Schuhen können die Sozialdemokraten nicht verdauern, er ist ihnen noch zu jäh. Deshalb hat die Regierung das dringende Interesse, einen zufriedenen Bauernstand zu haben. (Beifall rechts.) In den Städten haben wir eine große Massierung der Bevölkerung und darum Arbeitslosigkeit, auf dem Lande Verdünnung und Mangel an Arbeitskräften. (Sehr wahr! rechts.) Der gesamte Bevölkerungszuwachs der letzten 20 Jahre ist nicht dem platten Lande, sondern den Städten zu gute gekommen. Sie sehen Ueberproduktion in den Städten, aber auf dem Lande kann nicht genügend Brotkorn erzeugt werden, weil der vaterländische Boden infolge des Mangels an Arbeitskräften nicht intensiv genug bearbeitet werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Nach den Einkommensteuer-Erträgen geht die Steuerkraft des platten Landes zurück. Kann man da leugnen, daß die moderne Entwicklung den Städten zu gute gekommen ist? Aber manche Personen und Parteien — natürlich außerhalb des Hauses (Heiterkeit) — glauben jeden ernstlichen Versuch, der Landwirtschaft zu helfen, mit einem Schlagwort abthun zu können. Das beweist, daß es volkswirthschaftlich herrische Personen und Parteien giebt, die aus ihren großstädtischen Verhältnissen heraus nicht mehr empfänglich sind für das, was draußen im Lande geschieht. Die Regierung muß der mit ernstlichen Gefahren ringenden Landwirtschaft innerhalb der volkswirthschaftlich möglichen Grenzen helfen. Wer die ernste Bedeutung einer gesunden Landwirtschaft für die soziale und politische Entwicklung des Vaterlandes kennt, muß dabei hilfreiche Hand leisten. Redner wendet sich darauf gegen die heutigen Ausführungen des Abg. Nickerz und die gestrigen des Abg. Richter bezüglich der Ausgestaltung des Etats. Gerade für die Freunde der Finanzreform liege doch der Gedanke nahe, aus dem Absolutismus der Matrikularbeiträge überzugehen zur finanziellen

Konstitution, ein Gedanke, der auch den Herren von der Linken sympathisch sein müsse. Die Einnahmen aus den Getreidezöllen seien vollkommen wahrheitsgetreu eingeschätzt worden. Wollte man nicht unangenehme Ueberraschungen erleben, so werde man seinen Schätzungen immer einen dreijährigen Zeitraum zu Grunde legen müssen. Bei der Veranschlagung der Stempelsteuer hätte man sich allerdings nur an die Monate Juni, Juli und August halten können, weil im September die Veranschlagungen schon fertig sein mußten. Der Bundesrath hatte das berechnete Verlangen, die einzelnen Etats rechtzeitig und gründlich zu prüfen. Den Vorwurf, daß man die Spannung zwischen den Einnahmen und Ausgaben künstlich erhöht habe, müsse er entschieden zurückweisen. Es bleibe die einfache Thatsache bestehen, daß die neue Militärvorlage 57 Millionen Mark gekostet habe und ein Follaufschlag von circa 30 bis 40 Millionen entstanden und also den Bundesstaaten eine Mehrbelastung von 90-100 Mill. Mark erwachsen sei. Auch der Abg. Richter scheine einer Balancierung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen nicht abgeneigt, was als ein sehr erfreuliches Zugehändnis betrachtet werden müsse.

Abg. v. Mantuffel (Bl.): Herr Nickerz meinte, seit dem Ministerium Lippe sei kein solcher Eingriff in die Rechte des Reichstages vorgekommen, wie das beabsichtigte Verfahren gegen den Abg. Liebknecht. Seit dem Bestehen des Reichstages sind aber auch solche Vorgänge nicht vorgekommen wie hier am 8. Dezember. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Nickerz für die wahren Freunde der Landwirtschaft hält, darauf kommt es nicht an. Die Landwirthe werden das selber besser wissen. Herr Nickerz mißbilligt die Tabaksteuer, obgleich er die Vorlage noch gar nicht kennt. Daß die Handelsverträge die Landwirtschaft geschädigt haben, ist selbstverständlich; unter dem Fürsten Bismarck ist aber von solchen Verträgen keine Rede gewesen. (Zuruf Nickerz's: Sie haben ja selbst dafür gestimmt!) Das habe ich Ihnen schon vier Mal auseinandergesetzt; zum fünften Mal es zu thun, ist doch wirklich überflüssig! (Heiterkeit.) Durch die Handelsverträge ist die Landwirtschaft geknallt. Gegenüber Herrn Richter hat Herr v. Kardorff eigentlich schon das Nöthige gethan, so daß wir zu thun fast nichts mehr übrig bleibt. Herr Richter hat aus einem Artikel der „Köln. Ztg.“ allerhand zusammenphantasirt, sogar den Vorwurf des Staatsstreiches. Es ist doch seltsam, daß einer der ersten Redner des Reichstages aus dem Artikel einer Zeitung, und zwar nicht einmal der wahrheitsliebendsten Blätter, solche Vorwürfe gegen die preussische Regierung und den Ministerpräsidenten herleitet. (Zustimmung rechts.) Die Handelsverträge sind auf Kosten der Landwirtschaft geschlossen, welche auch durch die Invalidenversicherung besonders belastet wird. (Zuruf: Die Industrie auch!), aber die Landwirtschaft ist immer mehr belastet wie zum Beispiel der Schriftsteller und Rentier Richter, dessen Bilanz wahrscheinlich eine bessere ist, als die meine. Durch die schlechte Lage der Landwirtschaft wird der Reichsgedanke zerstört, weil die Landwirthe ihre Nothlage auf die Maßnahmen der Reichsregierung zurückführen. Herr Richter hat vor den Agrariern gewarnt, die baar Geld verlangen für die Vertheidigung von Religion und Sitten und nur noch zweifelhaft seien, ob sie postnumerando oder pränumerando Zahlung verlangen sollen. Um diese Bemerkung zurückzuweisen, müßte ich Worte gebrauchen, die der Präsident nicht gehalten würde. Aber draußen im Lande wird man die Bemerkung schon richtig verstehen; für mich hier im Hause ist sie unqualifizierbar. (Zustimmung rechts.) Der Niedergang der Preise der Naturalverpflegung im Militäretat ist eine tieftraurige Thatsache und gleichsam der Typus für unsere ganze Lage. Die offiziöse Presse, wozu ich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die „Kölnische Zeitung“ und die große Schaar der liberalen Blätter rechne, hat uns den Vorwurf gewerksmäßiger Opposition gemacht. Unsere Opposition war keine gewerksmäßige und keine persönliche. Wir haben lediglich eine sachliche Opposition gemacht gegen Maßregeln, die wir als heillos nicht anerkennen konnten. Denselben Kanzler, dem wir Opposition gemacht haben, haben wir die Militärvorlage bewilligt, trotz unserer lebhaften Bedenken wegen der zweijährigen Dienstzeit, die wir deshalb nur auf zwei Jahre bewilligt haben. Sind die konservativen Parteien der Einzel-Landtage nicht die besten Stützen der Regierungen? Ihrer Natur nach sind die Konservativen regierungsfreundlich; alle großen Gesetze in Preußen sind mit Hilfe der Konservativen zu Stande gekommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie sind auch danach! Heiterkeit.) Daß die Bahnen der früheren Wirthschaftspolitik verlassen worden sind, hat die Nothlage der Landwirtschaft herbeigeführt. Freilich eine lediglich gouvernementale Partei kann niemals eine gute Stütze der Regierung sein; auf diesem Standpunkte muß die konservative Partei stehen bleiben. (Zustimmung rechts.) Die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers und die heutigen des Reichskasssekretärs haben uns (auf das Wohlthunbedürfnis) berührt. Ich bin erfreut, daß wir mit der Regierung zusammengehen können und hoffe, daß es zum Wohle des Vaterlandes geschehen wird. Wir erwarten zunächst die Vorschläge der verbündeten Regierungen in bezug auf die Heilmittel für die Landwirtschaft. Sollten uns diese aber nicht als genügend erscheinen, so werden wir mit Gegenvorschlägen kommen, die wir für unerfüllbar nicht halten. (Zustimmung rechts.) Diese Gegenvorschläge beziehen sich nicht bloß auf den Antrag des Grafen Kanitz, sondern auch auf die Währungsfrage. Bezüglich der Börsenvorlage habe ich nur die Hoffnung auszusprechen, daß sie möglichst bald gemacht werde. Die Börse selbst wird schließlich mit einem Börsenorganisations-Gesetz zufrieden sein. Das Börsensteuer-Gesetz sollte die ganze Börse vernichten und jetzt zeigt sich, daß der Börsenverkehr schließlich noch gestiegen und nicht geschädigt ist. Wenn die Börsenorganisation dem Börsenspiel entgegentritt, dann wird der Werth der Börse für die Produktion erhöht werden. Für die Landwirtschaft fordern wir eine Aenderung des Spiritusgesetzes; die Kontingente der großen gewerblichen Brennereien müssen beschränkt und der Ueberschuß auf die kleinen und mittleren Brennereien vertheilt werden. Wenn der Zuckerindustrie vorgezogen wird, daß sie zur übermäßigen Rübenproduktion anreize, so vergiftet man, daß die jämmerlichen Getreidepreise dazu zwingen, Rüben auf einem Boden anzubauen, der dafür eigentlich nicht geeignet ist. Ferner muß die Landwirtschaft Schutz vor der Einfuhr fremden Viehes verlangen, um die Seuchengefahr zu vermindern; die Einfuhr von Zuchtvieh soll nicht verhindert werden. Bezüglich des Verlustes der Staffeltarife muß ich bemerken, daß der jetzige Zustand, wonach alle noch vorhandenen Staffeltarife in Berlin enden, der allerungünstigste ist; dadurch wird bloß der Wasserlopp Berlin noch verzögert. Die städtischen Behörden von Berlin haben erklärt, daß der Arbeitsnachweis nur den Berlinern dienen soll, nicht den Zugiehenden. Das ist eine verächtliche Umgehung des Freizügigkeitsgesetzes. Einen ähnlichen Vorschlag hat man immer als Verfassungsbruch ausgelegt. Bezüglich der Umsturzvorlage sind wir gern bereit, mit der Regierung zusammen den Bestrebungen der Umsturzparteien entgegenzutreten. Aber wir sind der Meinung, daß die Kräftigung des produzierenden Mittel-

Landes die Hauptmaßregel sein wird, um den Umsturzparteien ihre Anhänger zu entziehen. (Zustimmung rechts.) Das dabei die religiöse Erziehung der Jugend die Hauptrolle spielt, ist selbstverständlich. Deshalb bedauern wir lebhaft die Zurückziehung des Volksschul-Gesetzes. (Zustimmung rechts.) Wenn der kleine Bruchteil des Verbrauchs des gesamten Heeres, der nur 1,4 pSt. der Brotfrucht und 5 pSt. des Hafertonsums beträgt, eine Preisdifferenz von 15 1/2 Millionen Mark ergibt, wie groß muß dann der Verlust für die gesamte deutsche Volkswirtschaft infolge der Preisverminderung sein! (Zustimmung rechts.) Redner empfiehlt die Verwendung einer größeren Anzahl von Offizieren in der Intendantur und eine Verringerung der Bestimmungen über die Flurschaden-Regulierung; die Zuschauer räumen oft mehr als die Truppen, aber für die Beschädigungen seitens der Zuschauer wird keine Entschädigung gewährt. Die nöthige Zahl von Schießplätzen für die Armee muß geschaffen werden, denn die Störung der Landwirtschaft durch die Schießübungen ist viel nachtheiliger und kostet mehr als die Zinsen der Anlagekapitalien solcher Schießplätze. Sparsamkeit bei Dienstgebäuden und namentlich bei den Postbauten können wir auch nur dringend empfehlen. Namentlich müssen wir immer prüfen, ob die Dienstwohnung mit der sozialen Stellung der betreffenden Beamten übereinstimmt. Bei der Marineverwaltung können einige Reduktionen gemacht werden. Aber zur Vertheidigung und Befestigung der Küsten und zum Schutze des deutschen Handels und des deutschen Eigenthums muß unsere Marine ausreichen und in der Ostsee mindestens muß die deutsche Marine eine gewisse Suprematie ausüben, oder, wenn sie sie verlieren hat, wieder zu erwerben suchen. Bezüglich der Kolonialpolitik bedauern auch wir auf das tiefste, daß deutsche Kolonialbeamte mit einem schlechten Beispiel vorangegangen sind und der Ausbreitung des Christenthums eine erhebliche Schädigung bereitet haben. Nur solche Beamte sollten nach den Kolonien geschickt werden, von denen man einen musterhaften und christlichen Lebenswandel erwarten kann. (Zustimmung rechts.) Die Schwankungen zwischen Matrosenarbeitern und Ueberweisungen sind unerträglich. Wir steuern wieder in den Zustand hinein, daß das Reich ein lästiger Kostgänger der Einzelstaaten wird; das muß vermieden werden, weil dadurch die Anhänglichkeit der Einzelstaaten zum Reiche erschüttert werden würde. Wir wollen die Einigkeit zwischen den Einzelstaaten stärken, dadurch wird die wahre Macht Deutschlands gehärtet, die jetzt weit notwendiger ist als je. (Beifall rechts.)

Abg. Liebknecht (Redner ist, da er von der Journalistentribüne abgewendet spricht, auf dieser sehr schwer und nur zum Theil verständlich): Der Vortredner irt sich, wenn er den Vorfall vom 6. Dezember als früher noch nicht vorgekommen bezeichnet. Es ist schon früher vorgekommen, daß Genossen von mir sitzen geblieben sind. Aber noch nicht dagewesen ist ein Verhalten, wie es seitens eines Theiles des Hauses geübt worden ist. (Widerspruch rechts.) Wer Augen hat, zu sehen, der wußte, daß meine Parteigenossen nicht prämeditirt gehandelt haben; sie waren nur zum geringen Theil erschienen; es war ein Zufall, daß sie anwesend waren. Gätten wir eine Demonstration beabsichtigt, dann wäre unsere ganze Fraktion anwesend gewesen. Und meine anwesenden Genossen, die von dem Hoch überrascht wurden, hätten ihre ganze Gesinnung verleugnet, wenn sie sich erhoben hätten. Ich werde es einem königstreuen Manne nie verdenken, wenn er bei einem Hoch auf die Republik sitzen bleibt. Ich könnte nur wünschen, daß die Regierung alles das verwirklicht, was der Vortredner wünscht, denn dadurch würde dem Umsturz am besten Voranschub geleistet werden. Der Vortredner sprach auch von dem Automaten des Herrn Miquel. Es giebt auch Automaten, welche Menschengestalt haben, und reden und Ja sagen und sogar „Psui!“ rufen können.

Seit der letzten Reichstags-Session ist eine Umgestaltung in Deutschland vor sich gegangen, ein vollständiger Umsturz in den oberen Regionen. Wir haben aber in der Thronrede nicht ein Wort darüber gehört, auch die angebliche Programmrede des Reichstagspräsidenten hat uns keine Aufklärung gegeben in bezug auf die Art und Weise der Entlassung oder Absetzung des vorigen Reichstagspräsidenten. Der Vortredner des Bundes soll aber so wichtige Angelegenheiten kein Ausschluß gegeben werden? Es ist unwürdig, daß die Volkvertretung über diese Vorgänge nicht aufgeklärt wird. Wenn in anderen konstitutionellen Staaten die Parlamentsmehrheit eine Regierung stürzt, so ist das eine offene That, und das ganze Land weiß, was vorgeht. Als wir das alle Haus im Frühjahr verlassen, sahen wir, wie der vorige Reichstagspräsident noch voll von der Sonne der Gnade besichtigen wurde; nach einem halben Jahr kommen wir wieder und er ist gestürzt. Was vorgegangen ist, wissen wir nicht. Ist etwa eine Veränderung der Politik vorgegangen? Ist wahr oder nicht wahr, was darüber in den Zeitungen stand? Sind das Zustände, unter denen Sie das Reich dadurch stärken können, daß Sie das Knebelgesetz machen? Der Widerspruch zwischen den aufgestellten Theorien in der Thronrede und den daselbst angekündigten Maßregeln tritt diesmal nur noch härter hervor als bei früheren Gelegenheiten. Die schwächeren Klassen der Gesellschaft sollen geschützt werden, das Gesamtinteresse und ausgleichende Gerechtigkeit sollen die Richtschnur bilden. Das klingt alles sehr schön, was aber unsere ganze Gegenwart auszeichnet, das ist die Heuchelei. In einem Paragraphen verändert man volle Freiheit und im nächsten verhindert man sie. In derselben Thronrede, welche die ausgleichende Gerechtigkeit und den Schutz der Schwachen proklamirt, wird als praktische Maßregel das Tabak-, Steuer-Gesetz, welches die Schwächeren am meisten belästet, und das Knebelgesetz, welches die schwächsten Klassen der Bevölkerung unfähig macht, überhaupt ihre Forderungen in irgend einer Weise geschildert zum Ausdruck zu bringen, angekündigt. Wenn das nicht Heuchelei ist — (Große Unruhe. Lebhafter Oberlauf.)

Präsident v. Levenow: Der Redner bezeichnet das, was von der allerhöchsten Stelle und von der Reichsregierung ausgeht, als Heuchelei. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Liebknecht: Wenn das kein Widerspruch ist, dann giebt es überhaupt keinen Widerspruch. Können Sie das Knebelgesetz mit Ihrem christlichen Gewissen vereinigen? Einen Theil des Volkes politisch mundtot machen zu wollen, ist das christlich? Der ganze heutige Staat, der ganze Mammonsdienst, der Kapitalismus, ist das alles christlich? Ist die Ausbeutung der Armen durch die Reichen christlich? Ja, wäre heute das Christenthum Christi wirklich in Uebung, so gäbe es keine soziale Frage. Ob der Staat christlich ist, ob jüdisch, ob er einer der vielen verschiedenen Konfessionen angehört, ist gleich, er ist kapitalistisch, ist ausbeuterisch. Wir haben immer den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis gehabt, und darum haben wir niemals eine Ordnung und eine Religion zur Geltung bringen können. Dieser Widerspruch zwischen den Handlungen und den Worten ist die Quelle aller Unstimmigkeit. Wir haben in Deutschland ein solches soziales Bannan schon öfter gehabt, und man hat es immer benutzt, um reaktionäre Maßregeln durchzuführen. Wie das Attentat von Sand, so sind auch später 1878 die Attentate des christlich-sozialen und des national-

liberalen Attentäters (lebhafter Widerspruch bei den National-liberalen) fruktifizirt worden. Fürst Bismarck hat 1889 selbst einem russischen Diplomaten erklärt: Ich war 1878 in einer Lage, daß ich im Reichstag keine Majorität mehr hatte und auch im Ministerium konnte ich auf keinen Bestand nicht rechnen; man intriguirte damals gegen mich. Es blieb nur eine Auflösung des Reichstags übrig, und die erste Gelegenheit wurde dazu benutzt. Die sozialdemokratische Partei wurde also als Versuchsthier, als Diversionsobjekt benutzt. Wir haben das im Reichstag unter dem Sozialistengesetz wiederholt dargelegt, und für jeden, der sehen wollte, mußte die Wahrheit klar zu Tage treten. Und das that der Bismarck, der uns gewinnen wollte, der einen Marx zum Redakteur des „Reichs-Anzeigers“ machen und der mich gewinnen wollte für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. (Heiterkeit.) Bismarck hat sehr wohl gewußt, daß das, was er über die Sozialdemokratie sagte, nicht der Natur der Sozialdemokratie entsprach. Dadurch, daß das rothe Geseß dem Volke als eine große Gefahr hingestellt wurde, so daß schließlich jeder glaubte, der rothe Hahn könne ihm auf das Dach gesetzt werden, schaffte Fürst Bismarck sich eine Majorität nach der Auflösung, die das Sozialistengesetz annahm. Aber dann wurde der ganze rothe Schrecken bei Seite gestellt und es begann jene Wirtschaftspolitik, welche den Großgrundbesitzern Milliarden eingebracht hat. (Zustimmung links. Unruhe rechts.) Jetzt haben wir den dritten Reichstagsantrag, und es soll ebenso gemacht werden. Bei unseren jetzigen Staatsverhältnissen wären neue Steuern gar nicht nöthig, aber man will größere Ausgaben für Heer und Marine machen, und namentlich für die Kolonialpolitik. Um diese dazu bereitete Volkvertretung zu haben, macht man wieder diesen gewaltigen Bannan. Die Februarverträge erkannten verschiedene Forderungen in bezug auf Arbeiterrecht und Gleichberechtigung der Arbeiter an, aber was ist seitdem geschehen? Man versuchte den Arbeiterschutz international zu regeln, die internationale Konferenz ist resultatlos verlaufen. Was ist für die Gleichberechtigung der Arbeiter, für die Beschränkung der Arbeitszeit geschehen? Nichts. Die Arbeiter sind nur noch schlechter gestellt worden, indem man ihnen das Koalitionsrecht und die Selbsthilfe durch dieselbe zu beschränken versucht hat. Der beste Arbeiterschutz ist das freie Koalitionsrecht. Geben Sie uns das freie Koalitionsrecht und das gleiche Wahlrecht, dann hat die arbeitende Klasse ihr Schicksal in der Hand, dann hat sie die Waffen, mit denen sie auf dem Wege der sozialen Reform ihre berechtigten Forderungen durchsetzen kann. Ohne das Koalitionsrecht steht das alles auf dem Papier. Die falschen Vergewaltigungen sollten Musteranstalten sein. Die Berichte über diese Musteranstalten beweisen, daß die Arbeiter geknebelt sind, jedes Rechte entkleidet sind und, wenn sie ihr Koalitionsrecht ausüben, genasregelt werden. Das sind traurige Zustände. Durch Ausnahmemaßregeln wird die Unzufriedenheit nicht vermindert, sondern nur der Ausdruck derselben verhindert. Den Reichen ist in Königsberg alles Mögliche versprochen worden, von dem Naturrecht der Arbeiter aber war da ebenso wenig wie in der Thronrede die Rede. Wie ist denn der neue Pakt gegen die sog. Umsturzparteien entstanden? Haben wir in Deutschland Fäulnis- oder irgend welche andere anarchischen Verbrechen gehabt? Höchstens haben wir etwas von einem antisemitischen Krawall in Baden gehört, aber nichts von Arbeiterrevellen oder Streiks, bei denen Blut vergossen ist. In Frankreich jagte ein Verbrechen das andere. Statt nun auch den natürlichen Schluß zu ziehen, daß dort solche Verbrechen möglich sind trotz aller Ausnahmemaßregeln, sagt man, daß in Frankreich dieselbe Sorge wie unsere deutschen Sozialdemokraten, es ist kein Unterschied zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie. Das ist in allen Tonarten dem Volke vorgeredet worden. Ich würde den bedauern, dem es mit solchem Geseß erst gewesen wäre. In dem einzigen Kulturlande, wo keine Attentate vorgekommen sind, erhebt man einen Lärm, als ob jeden Augenblick Attentate kommen könnten. Der Gedanke lauchte erst recht auf, als der Graf Caprivi, jener Mann, der insofern einen staatsmännischen Gedanken hatte, als er die Interessen der Gesamtheit über die Sonderinteressen stellte, besetzt war. Ich muß sagen: wenn die Gesellschaft erst durch solche künstlichen Maßregeln gerettet werden soll, dann ist sie nicht mehr gerettet zu werden. Na hat meine Rede in Stuttgart über die Ermordung des Präsidenden Carnot als eine der Ursachen für die Umsturzworlage hingestellt. Diese hierzu benutzte Version meiner Rede beruht auf einer elenden Lüge und einer niederrüchigen Verleumdung. Es ist eine Lüge, daß ich das gesagt hätte, was mir in den Mund gelegt worden ist. Ich habe in Stuttgart nur gesagt, was ich früher im Reichstage und bei andern Gelegenheiten gesagt habe, daß nämlich der Mord in jedem Falle zu verwerfen sei, daß Attentate als gemeine Verbrechen unter allen Umständen zu verurtheilen sind, daß sie nicht allein, wenn ich so sagen darf moralisch verwerflich, sondern oft noch die größte Dummheit sind, weil sie das Gegenheil dessen hervorbringen, was bequemt wird, falls nämlich der Zweck war, eine soziale Umgestaltung herbeizuführen. Doch solche Verbrechen, weil sie das Rechtsgefühl und Menschengefühl der Staatsbürger aufregen, liegt einfach in der Menschennatur und deshalb wird kein vernünftiger Mensch, der wirklich diese Ziele verfolgt, zu derartigen Mitteln greifen. Wohl aber greifen die Gegner unserer Partei zu derartigen Mitteln, was gelegentlich der Besprechung der Umsturzworlage von uns zur Sprache gebracht werden wird. Die Attentate, welche in Frankreich vorgekommen sind, sind von Menschen begangen, welche im Solde der Polizei gestanden haben (Unruhe rechts; Lachen.) Es giebt gewisse Leute, die niemals eine Thatfache glauben, auch wenn ihnen Beweise gebracht werden. Lesen Sie doch nur die Memoiren des ehemaligen Präsidenden Andrieux. Diese Memoiren sind gradezu eine Anleitung zu anarchischen Verbrechen. Es werden dort die Rezepte mitgeteilt, nach welchen die Dynamitbomben angefertigt werden u. s. w. Wenn nun bei uns ebenfalls mit den Anarchisten von oben herab geliebäugelt und diese noch möglich höher gestellt werden als die Sozialdemokraten, wäre es da ein Wunder, wenn in den Köpfen verwirrter Menschen solche heroischen Gedanken entständen? Die beiden anarchischen Verbrecher in Frankreich Henri und Vallant haben sich nachträglich als Menschen mit nicht normalem Gehirn erwiesen. (Lachen rechts.)

Die Repressionsgesetze sind als wirkungslos vorübergegangen, und die Staatsmänner, welche sie benutzt haben, sind zu Grunde gegangen, weil sie die soziale Frage nicht verstanden haben, wie der Fürst Bismarck zu Grunde gegangen ist (Lachen rechts. Rufe: Psui!), er ist ein abgethaner Mann. (Widerspruch rechts.) Die Umsturzworlage soll nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern überhaupt alle Arbeiter ihrer Rechte berauben. Das zeigt das Auftreten des Blattes der Kohlenbarone gegen den christlich-sozialen Bergarbeiter-Verein. Herr von Stumm hat ja selbst die Erneuerung des Sozialistengesetzes befürwortet; ja man spricht davon, daß die Regierung der Industrie nun Dant für die Handverträge eine solche Arbeiter-Anbelungs-vorlage verprochen habe. Wenigstens ist das von der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ verbreitet worden. Es handelt sich also bei der Umsturzworlage so recht um eine „lex Stumm“. (Heiterkeit.) Wenn es eine Partei giebt, die prinzipiell der Gewaltthat entgegensteht, so ist es die Sozialdemokratie (Heiterkeit); alle anderen Parteien stehen mehr oder weniger auf dem Boden des Anarchismus (Lachen), denn sie sind die Vertreter des Kampfes aller gegen alle. Der Kapitalismus ist die Ursache der Krankheit und wer die Krankheit beseitigen will, muß den Kapitalismus kräftig angreifen. In diesem Etat tritt der Geist des Militarismus ebenso hervor, wie in früheren Etats. (Präsident v. Levenow fordert den Redner auf, zum Etat zu kommen. Heiterkeit.) Die soziale Frage kann nicht

exportirt werden, sie muß im Lande gelöst werden und wer sie lösen will, der muß gegen den Kapitalismus vorgehen. Der Mittelstand, die nationale Arbeit in Landwirtschaft und Industrie wird aber geküßert durch die Maßregeln, welche man zum Schutze der Landwirtschaft durchzuführen möchte. Auch wenn die Diktatur geschaffen und der Staatsreich von oben gemacht wird, die soziale Frage wird nicht aus der Welt geschafft werden. Daß die Sozialdemokratie sich selbst geküßert, ist nicht richtig; die Sozialdemokratie ist auf der Grundlage der Wissenschaft begründet (Lachen rechts) und die Streitigkeiten führen alle zur Einigung der Partei; jede Hoffnung auf Spaltungen ist nutzlos. (Widerspruch.) Der internationale Sozialismus wird Herr werden über den internationalen Anarchismus, den von oben und den von unten! (Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch rechts.)

Darauf wird die Debatte vertagt. Persönlich bemerkt Abg. v. Stumm (Rp.): Ich habe in einem mir nahestehenden Blatte die von der Münchener Allgemeinen Zeitung gebrachten Erzählung über die Enthebung der Umsturzworlage für eine schamlose Verleumdung erklären lassen, und trotzdem hat der größte Theil der deutschen Presse, auch der anständigen Blätter, es nicht für nöthig gefunden, meine Berichtigung anzunehmen. Vielleicht nehmen sie jetzt Veranlassung, diese Unterlassungsfälle wieder gut zu machen. Ich für meinen Theil hätte überhaupt ein ganz anderes Geseß gemacht. (Große Heiterkeit.) Was den von Herrn Liebknecht zitierten Artikel gegen den christlich-sozialen Bergarbeiter-Verein betrifft, so ist er nicht von mir veranlaßt worden, ich habe ihn sogar ausdrücklich mißbilligt, trotzdem ich den Leiter des Vereins, den Vicenlaten Weber für einen sehr gefährlichen Agitator halte.

Abg. Liebknecht (Sozialdemokrat): Ich habe von dieser Berichtigung keine Kenntnis gehabt, und habe außerdem jene Nachricht in dem Abg. Stumm nahestehenden Blättern, auch in der „Kölnischen Volks-Zeitung“ gefunden.

Abg. v. Stumm (Rp.): Ich habe zu der „Kölnischen Volks-Zeitung“ keinerlei Beziehung und wundere mich, daß dieses sonst inständige Blatt jene Nachricht aufgenommen hat.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Fortsetzung der ersten Beratung des Etats.)

Parlamentarisches.

Der Antrag auf Strafverfolgung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten wird am Freitag auf die Tagesordnung der Sitzung des Reichstages gestellt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, in den künftigen Kommissionen sich durch diejenigen Abgeordneten wieder vertreten zu lassen, welche früher bereits denselben angehört haben. Es wird also unsere Fraktion vertreten sein in der Geschäftsordnungs-Kommission durch Singer, Petitionskommission: Förster, Schmidt, Frankfurt, Vogtherr; Rechnungskommission: Plos und Wurm; Budgetkommission: Sebel, Meiser und Singer; Wahlprüfungs-Kommission: Kuer und Fischer.

Bei Beginn der heutigen Sitzung nahm der Reichstag ohne Debatte Anträge an, die gegen die Abgeordneten Vogtherr, Kühn, Städtgen und Schmidt (Berlin) vor verschiedenen Gerichten schwebenden Strafverfahren auf die Dauer der Session einzustellen.

Der Vorsitz in den Kommissionen ist wie folgt verteilt: Budgetkommission v. Kardorff und Graf Hompeich als Stellvertreter; Petitionskommission Dr. Kruse (natl.) und Schmidt-Warburg (3.); Wahlprüfungs-Kommission Spahn (3.) und v. Marquardsen; Rechnungskommission Dr. Paasche (natl.) und Horn (3.); Geschäftsordnungs-Kommission Singer (Soz.) und v. Rehler (3.).

Die parlamentarischen Dispositionen sind so getroffen, daß nach Abschluß der ersten Lesung des Etats der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag betr. die strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht und die Interpellation Paasche-Friedberg betr. Reform des Bundessteuer-Gesetzes zur Berathung kommen. Die sog. Umsturzworlage kommt erst nach Neujahr auf die Tagesordnung.

Die freisinnigen Parteien in den Kommissionen. Wesentlich stehen drei Fraktionen der Linken, die freisinnige Volkspartei, die deutsche Volkspartei und die freisinnige Vereinigung, in bezug auf die Kommissionen in einem Kartellverhältnis d. h. daß die Parteien bei den Kommissionswahlen dem übrigen Reichstag gegenüber als eine einzige Partei gelten. Entsprechend der Gesamthärte dieser drei Parteien sind dieselben in den Kommissionen wie folgt verteilt: Budgetkommission: Richter, Dr. Müller-Sagan, Ebnl, Bachnide. Petitionskommission: Casselmann, Weik, Galt. Rechnungskommission: Galt. Kommission für die Geschäftsordnung: Schmieder, Träger. Wahlprüfungs-Kommission: Schmieder, Dr. Schneider-Nordhausen.

Die nationalliberale Fraktion ist vertreten in der Budgetkommission durch die Abgg. Dr. Berlin, Dr. Ennecerrus, Dr. Hammacher, Möller; in der Petitionskommission durch die Abgg. Dr. Kruse, Graf Oriola, Blode, Kimpan; in der Geschäftsordnungs-Kommission durch die Abgg. Gantner und Dr. Pfeifel; in der Wahlprüfungs-Kommission durch die Abgg. Bassermann und Dr. Pfeifel; in der Rechnungskommission durch die Abgg. Dr. Paasche und Dr. Pfeifel.

König Stumm kontra Liebknecht. Die Fraktion der deutschen Reichspartei hat, der „Post“ zufolge, einstimmig beschlossen, für die Genehmigung der Strafverfolgung wegen Majestätsbeleidigung gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten, welche bei dem Hoch auf den Kaiser in demonstrativer Weise sitzen geblieben sind, zu stimmen.

Novelle zur Strafprozess-Ordnung. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozess-Ordnung (Einführung der Berufung, Entschädigung unschuldig Verurtheilter u. c.) nebst Begründung ist im Reichstage zur Vertheilung gelangt.

Ueber das Zentrum und die freie wirtschaftliche Vereinigung des Reichstags, die die Interessen des Bundes der Landwirthe vertritt, schreibt der „Kerische Befehl. Merkur“: „Durch unbedingten Beitritt würde das Zentrum keine Autorität für eine Sache einsehen, die möglichenfalls mit seinem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit in Widerspruch geraten wird. Besser ist es, die weitere Entwicklung der Sache abzuwarten, und sie eventuell selbst in die Hand zu nehmen. So viel wir wissen, hat das Zentrum sich zu dieser abwartenden Stellungnahme entschlossen.“

Wieder gebildet der Vereinigung Mitglieder des Zentrums nicht an, lediglich frei- und deutschkonservative und nationalliberale Abgeordnete haben ihren Beitritt erklärt.

Handwerker- oder Gewerbetag. Zahlreiche Mitglieder der nationalliberalen Fraktion haben die folgende Interpellation des Abg. Freiherrn Heyl unterthut: Die unterzeichneten Mitglieder des Reichstages richten an die verbündeten Regierungen die Anfrage, welche Maßnahmen auf Grund der am 24. November 1891 von dem Herrn Staatssekretär Dr. v. Bötticher abgegebenen Erklärung über die rechtsgesetzliche Einrichtung von Handwerker- oder Gewerbetagern in Aussicht genommen sind.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends abgehalten.

Durch eine Betriebsstörung in der Druckerei unserer Zeitung konnte die heutige Nummer erst gegen 1/6 Uhr früh an die Subskribenten zur Ausgabe gelangen. Wir bitten unsere Leser für die dadurch eingetretene verspätete Zustellung um freundliche Nachsicht.

Die Liste der boylottierten Gastwirthe und Restaurateure wird der am Sonnabend erscheinenden Nummer des „Vorwärts“ wieder beigelegt werden. Veränderungen in der Liste müssen von den hierzu beauftragten Kontrollanten bis spätestens Freitag Vormittag 10 Uhr in der Druckerei von Max Bading, Weuthstraße 2, Hof 3 Treppen, abgeliefert werden.

Den Parteigenossen und Gewerkschaften theilt die Lokalkommission von Rixdorf mit, daß die Viktoria-Säle, Brunnmannstr. 45, noch nicht frei sind, da die Zustimmung der Berliner Boylottkommission noch aussteht. Es wird also ersucht, in diesem Lokal noch keine Festlichkeiten abzuschießen. Peters, Karolengartenstr. 27, schänkt Ringbier und ist daher von der Liste zu streichen.

Wie der Boykott in Berlin W. wirkt. In dem Geschäftsbericht des Vorstandes der „Berliner Viktoria-Bräuerei“ lesen wir: „Wir haben im Geschäftsjahre 1893/94 48 557 Hektoliter gegen 49 137 Hektoliter im Vorjahre verkauft, mithin einen Minderertrag von 580 Hektolitern gehabt. Dieser Rückgang in der Verkaufsziffer ist lediglich durch Ursachen allgemeiner Natur herbeigeführt worden. Wir rechnen hierzu neben der unglücklichen Witterung (N) der Sommermonate den über uns gleich anderen Berliner Bräuereien verhängten Boykott und nicht zum mindesten die noch immer andauernde Depression im Erwerbseleben, unter welcher besonders die für das Gedeihen der Brau-Industrie so wichtige baugewerbliche Thätigkeit in Berlin zu leiden hatte.“ Der Bruttoertrag der Bräuerei beträgt 1893/94 109 394,40 M. gegen 208 741,15 M. im Jahre 1892/93 M., mithin ein Minus von 98 346,75 M.

In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Bräuerei äußerte sich der Herr Direktor über die Ausichten des Geschäfts und den Einfluß des Boykotts auf das Geschäft wie folgt: „Ich kann konstatieren, daß, wie wohl bei den meisten Berliner Bräuereien so auch bei der unsrigen, die Wirkungen des Boykotts auf den Absatz gegenwärtig erheblich abgeschwächt sind. (N) Unser Absatz bewegt sich seit Beginn des neuen Geschäftsjahres ungefähr in gleicher Höhe wie im Vorjahre, während wir in den Sommermonaten leider noch sehr erhebliche Ausfälle in unserer Absatzziffer hatten. Es bleibt aber hierbei noch die Frage nach der indirekten Schädlichkeitswirkung des Boykotts offen. Ich meine damit die Frage, ob wir nicht einen erheblichen Mehrertrag haben würden, wenn der Boykott nicht bestände. Das möchte ich fast bezagen, angelehnt der fortschreitenden Prosperität, die unser Unternehmen stets gezeitigt hat. Aber Sie werden mit mir auch darin übereinstimmen, daß diese Erwägung uns nicht abhalten kann, treu auszubarren an der Seite unserer Berufsgenossen in diesem Kampfe, der uns von der Sozialdemokratie aufgezwungen worden ist. Ich denke daher auch, daß Sie in diesem Sinne die Stellung billigen werden, welche die diesseitige Verwaltung in der Sache des Boykotts gleich der überwiegenden Mehrzahl der Berliner Bräuereien eingenommen hat.“ Die Versammlung mußte sich wohl oder übel mit den Ausführungen des Redners einverstanden erklären.

Die Jänktion, die sich der Herr Direktor in puncto Mehrertrag macht, dürfte sich nur zu bald in einen — nun, sagen wir in einen Rechenfehler auflösen.

Die Lokalkommission von Charlottenburg giebt bekannt, daß folgende Wirthe Boylottbier schänken: Priet, Leibnizstr. 67; Bw. Vogt, Potsdamerstraße; Pfister, Goethe- und Großmannstraße; Kriese, Kurfürstendamm 17; Hämmerle, Schillerstraße 5; Holenberg, Wilmerdorferstr. 121; Wenz, Knefbeckstraße 19; Reimann, Englische Straße und Salzburger-Edle.

Ueber die Beschränkung des Wahlrechts infolge von Armenunterstützung wird heute Abend 8 Uhr Rechtsanwalt Gerhardt im Saale des Langenberghauses, Ziegelstraße 10/11, sprechen.

Mit Gehagen werden unsere Parteigenossen von folgender Mitteilung Notiz nehmen, die von einer hiesigen Korrespondenz verbreitet wird:

„Eine Durchsichtung nach sozialdemokratischen Schriften ist, wie wir infolge aufrichtiger Geheimhaltung des Vorfalles erst nachträglich erfahren, am 30. v. Mts. in der Kaserne des 1. Eisenbahn-Regiments zu Schöneberg vorgenommen worden. Gegen 11 Uhr Vormittags wurden auf Befehl des Regiments-Kommandeurs sämtliche Mannschaften des ersten Bataillons plötzlich alarmiert und mußten im Kasernenhof antreten. Hier wurde ihnen eröffnet, daß ihre Stuben durchsucht werden würden. Es hätten am Tage vorher einige Bauhandwerker an den Kasernengebäuden Aufbesserungen vorgenommen und liege der Verdacht vor, daß jene von dem Verleihen der Kaserne einigen Beuten sozialdemokratische Schriften gegeben hätten. Inzwischen waren die Mannschaften des ersten Bataillons abgeschlossen worden, worauf nun die Leute je einzeln in dieselben zurückgeführt wurden, um dort ihre Stuben, Betten und sonstigen Sachen den revidierenden Offizieren vorzulegen. Diese Revision dauerte bis Nachmittags 4 Uhr und hatte das Ergebnis, daß in der That bei einem der Soldaten, wie vermutet worden, sozialdemokratische Schriften sich vorfinden, welche derselbe von einem der oben erwähnten Handwerker erhalten hat.“

Von der geplanten Verlegung des Spandauer Feuerwerks-Laboratoriums nach Siegburg berichtet die „Volks-Zeitung“. Diese Maßregel, so meint das Blatt, wäre für Spandau ein schwerer Schlag; sie würde, da mit Rücksicht auf die große Arbeiterzahl des Establishments ein ganzes Stadtviertel sich entwickeln hat, den wirtschaftlichen Ruin vieler Einwohner herbeiführen. Das ist leider richtig. Andererseits würden aber durch die vielen Arbeiter des Feuerwerks-Laboratoriums, die zur Sozialdemokratie herangezogen worden sind, unsere Ideen in eine Gegend verpflanzt werden, die bisher noch gänzlich unter kulturfeindlichem Bann gestanden hat.

Gegen die Schuhbazzare und Konturs-Massen-Auktionen nimmt der Verein selbständiger Schuhmacher des Südostens Stellung. Der Verein erklärt in einem an die Bevölkerung gerichteten Flugblatt, daß die Mehrzahl dieser durch Wellame angepriesenen billigen aber schlechten Schuhprodukte von den auf die Leichtgläubigkeit der Konsumenten spekulierenden Schuhhändler dem Publikum ein zwar billiges, aber etwa nur zu diesem Zweck gefertigtes Fabrikat geben und zwar nur hergestellt 1. durch um die Hälfte herabgedrückten ortsüblichen Löhne, 2. durch maschinelle, dem menschlichen Fuß in keiner Weise entsprechende Form und von sehr geringem und minderwertigem Material, welches durch marstschreierische, das Gesamtöfentlichkeit täuschende, Hunderte, oft Tausende von Mark kostende Annoncen und Plakate, an den Mann zu bringen versucht wird. Sehr oft sei dieses Schuhzeug aus dreifach gespaltenem, die Risse schwammartig aufsaugendem, durch Glanzmaterial ansehnlich präpariertem Oberleder (Kappe und Innen-Sohle aus Kunststoffe) und durch Schnellgerbung hergestelltem Sohlenleder gefertigt. In den sog. Schuhlinien wird nach den Paragrapfen des Vereins für zwei bis drei Stunden Arbeitszeit nur 50 bis 60 Pfg. Lohn gezahlt. Zum Schluß wird in dem Flugblatt versichert, daß die Vereins-

mitglieder den bei ihnen beschäftigten Arbeitern die besten und höchsten Löhne zahlen. Die Arbeiterchaft wird vielleicht hier und da Gelegenheit nehmen können, diese Versicherung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

Von der Anwendung der weiblichen Arbeitskraft erhielten die arbeitslosen Familienväter, die sich gestern Mittag bungernd an der Schloßfreiheit aufhielten, ein anschauliches Bild. An der Stelle, wo später das Millionendenkmal für den Mann errichtet werden soll, der dem Volke die Religion erhalten wissen wollte, sah man zwei junge Frauen sitzen, welche mit wuchtigen Hammerschlägen die alten Mauersteine zerleinerten. Auch ein Grottenbild aus dem Staate der Sozialreform!

Die sozialwissenschaftliche Studentenvereinigung an der hiesigen Universität, die den Zweck hatte, in partiellos unpolitischer Weise durch Vorträge der Dozenten der hiesigen Universität und der eigenen Mitglieder das Verständnis für soziale Fragen unter der Studentenschaft zu fördern, sah sich am Montag zur Auflösung genöthigt, da ihr eine Instruktion seitens der Universitätsbehörde in Bezug auf die Verfolgung ihres Vereinszweckes gegenüber der drohenden Majorisierung durch antisemitisch-reactionäre Elemente (dem Verein deutscher Studenten) nicht zu Theil wurde.

Der Direktor Samst ist der Mann des Tags. Noch hat der Prozeß gegen Treuberg u. Gen. nicht sein Ende erreicht und schon kündigt Herr Samst an, daß am Sonnabend im National-Theater ein Volksstück „Die Wucherer von Berlin“ aufgeführt werden soll. Das nennt man Pizigleit.

Bezüglich der Bedürfnisanstalten für Frauen werden Klagen dahin laut, daß die Zugänge sehr oft geschlossen sind, welche die Aufschrift „Frei“ tragen. Solche Fälle werden namentlich bezüglich der Anhalten auf dem Moritz- und Oranien-Platz gemeldet. Ein Uebelstand anderer Art ist in betreff der Anhalt auf dem Andreasplatz zu verzeichnen. Dort ist der Platz vor der Eingangstür nicht gepflastert, so daß das Publikum bei schlechtem Wetter den Zugang nur nach Durchschneidung einer Pfütze erreichen kann. Der Unternehmer dürfte dafür zu sorgen haben, daß solche Mißstände überhaupt nicht eintreten.

Eine „Modellgeschichte“ macht nach dem „S. C.“ von sich reden. Der 16jährige Sohn eines im Centrum der Stadt wohnenden Bankiers hatte die Bekanntschaft einer Dame gemacht, die vor kurzer Zeit noch an einem hiesigen Theater aufgetreten war und den Ruf einer märchenhaften Schönheit genos, die allerdings jetzt mehr denn doppelt so viel Lenge zählt, als der Herr Ober-Sekundaner. Der jugendliche Anbeter war in heißer Liebe zu der Vielverehrten entbrannt, sie war ihm, wohl infolge des reichen, ihm zur Verfügung stehenden Taschengeldes, gleichfalls nicht abhold, und beide beschloßen, zu entfliehen. Der Knabe eignete sich vorher noch aus der väterlichen Kasse die Kleinigkeit von 10 000 M. an, kaufte ein Armband im Werte von 2000 M. und schenkte das Kleinod, sowie das Baargeld seiner Angebeteten. Acht Tage war das Pärchen aus Berlin verschwunden, dann aber kehrte es wieder nach hier zurück, oder — wurde zurückgeführt. Die Kriegskasse ist anscheinend so weit sie die Kosten der kurzen Kampagne nicht aufgezehrt haben, wieder ausgeliefert und das Armband zurückgegeben worden. Das Juwel steht jetzt wieder in der Röhre des Alexanderplatzes zur Schau in der Auslage des Verkäufers.

Der starke Reif, der auf den Telephondrähten lagert, hat namentlich in der Umgegend arge Störungen im Fernsprechverkehr verursacht. Allein in Pankow müssen von 79 vorhandenen Leitungen gegen 20 repariert werden. Komisch macht es sich, wenn bei der großen Arbeitslosigkeit geklagt wird, daß die Reparaturen so langsam von Statten gehen, weil nicht Arbeitskräfte genug vorhanden seien.

Ueber einen unbekanntem Selbstmörder läßt die Charlottenburger Kriminalpolizei folgendes mittheilen: „O Welt, verzeihe meinen Schritt; denn es ist rabschänker. Ich habe ausgehollt. Forcht nicht nach meiner Identität; denn es wäre erfolglos. Lebe wohl, geliebte G.“ Diese Worte waren auf die Manuskripte eines Selbstmörders geschrieben, der am 27. Mai d. J. auf Westend erschossen aufgefunden wurde. Der Unbekannte, der etwa 30 Jahre alt geworden ist, hat bisher Recht behalten; denn seine Persönlichkeit ist noch nicht zu ermitteln gewesen. Zur Rekognosizirung sei daher bemerkt, daß er dunkelblondes, in der Mitte geschoretes Haar hatte und einen hellgrauen Filzhut, einen grauen Sommerüberzieher, schwarzen Rock und Weste und ein blaugestreiftes Kammgarn-Beinkleid trug. Die Geldtasche aus Aluminium war leer. Personen, die Auskunft geben können, werden gebeten, sich im Zimmer 4 des Rathhauses in Charlottenburg zu melden.

Traurige Folgen hat der Raubmord gehabt, den am 3. Mai 1893 der Arbeiter Otto Neumann in Gemeinschaft mit dem Studenlehrer Otto Neumann an der Postkassensfrau Karoline Wanzel in dem Hause Gartenstr. 53 verübten. Wie erinnerlich sein wird, fand der Ehemann bei der Rückkehr von einer Dienstreife seine Frau ermordet vor, und die Mutter des jugendlichen Mörders Wagenknecht war durch ein eigenartiges Zusammenreffen diejenige Person, die mit Wanzel zusammen den grausigen Thatort betrat. Schon damals hatte die That an der Postkassensfrau denart niederschmetternd gewirkt, daß man für seinen Geisteszustand fürchtete. Diese Befürchtung hat sich leider als begründet erwiesen. Der Postkassensfrau Karl Wanzel ging vor etwa Jahresfrist eine neue Ehe ein, hat aber seine erste Frau und die Erinnerung an die schaurige That niemals vergessen. Sein Nervensystem erlag nach und nach den immer wiederkehrenden Erregungen, so daß am 22. Oktober d. J. der Wahnsinn bei ihm ausbrach, und er in die Neue Charité gebracht werden mußte. Trotzdem die Ärzte sich gegen seine Entlassung aussprachen, nahm die zweite Frau ihn am 4. d. M. in ihre im dritten Stock des Hauses Boyenstraße 2 belegene Wohnung mit. Eine Treppe tiefer wohnt daselbst der in den Ruhestand verlegte Postbeamte Rogge, der in der Nacht zum Mittwoch im 11 1/2 Uhr gelbende Flüssigkeit aus der Wanzelschen Wohnung hörte. Er drang daselbst ein und sah, daß Wanzel in einem ernstesten Ausdruck von Irrsinn seine Frau zu erwürgen im Begriff war. Rogge befreite die gefährdete Frau, und Wanzel beruhigte sich anscheinend bald. Während nun die Frau aus einem Nebenzimmer eine beruhigende Medizin für den bedauernswürdigen Kranken holen wollte und Rogge fortgegangen war, um sich zur Ueberrahme der Nachtwache bei Wanzel in seiner Wohnung vollständig anzukleiden, benutzte der wahnsinnige Mann den Augenblick der Aufsichtlosigkeit, um sich aus einem Fenster auf den Hof hinabzuhängen. Er zog sich einen Beinbruch und schwere innere Verletzungen zu, so daß er durch das 8. Polizeirevier in der Wöhlertstraße nach der Charité gebracht werden mußte. Dort ist er bald nach der Aufnahme gestorben. Der Ausbruch des Wahnsinns war erfolgt, während Wanzel im Bette lag.

Kessel-Explosion. Das Grundstück der in der Veteranenstraße 8 belegenen Nordstern-Bräuerei war Dienstag Abend kurz nach 8 Uhr der Schaulauf einer Kessel-Explosion, deren Ursache bisher unbekannt geblieben ist. Die Explosion fand in einem Räume statt, der zur Fabrikation künstlichen Eises dient, zu welcher Ammoniak verwendet wird, das sich in dem explodierten Kessel befand. Glücklicher Weise fanden Verletzungen von Menschen nicht statt. Das entstandene Feuer wurde in kurzer Zeit von der sofort alarmirten Feuerwehr mittels zweier Rohre gelöscht.

Die Sicherheitszustände in Berlins Umgebung. Ein frecher Raubfall wurde am Montag Abend auf dem Wege von Brigg nach Tempelhof gegen die Handelsfrau Wiese aus Tempelhof ausgeführt. Als die Genannte in der 7. Stunde mit ihrem

Fuhrwerk auf der Heimfahrt begriffen war, fielen plötzlich zwei mit Knütteln bewaffnete Männer dem Pferde in die Zügel und brachten das Fuhrwerk zum Stehen. Als darauf einer der Burschen den Wagen besteigen wollte, wurde er von dem auf dem Wagen befindlichen und von den Räubern nicht bemerkten Hunde der Frau angegriffen, so daß er seine Abicht aufgeben mußte. Frau W. nahm die Befürzung der beiden Männer wahr, um auf das Pferd einzuschlagen, so daß dieses davonjagte und von den beiden Männern nicht wieder eingeholt werden konnte. Sechs Schüsse, welche dem Fuhrwerk von den Räubern nachgeschickt wurden, verfehlten glücklicherweise ihr Ziel. Frau W. erstattete sofort bei ihrer Ankunft in Tempelhof Anzeige und auf erfolgte telephonische Benachrichtigung der Rixdorfer Polizei fand bald darauf eine polizeiliche Abfuchung der Gegend statt, welche indes resultatlos verlief. Bis jetzt ist es auch nicht gelungen, eine Spur der Wegelagerer zu finden.

Die Liste für die ausgesperrten Brauereiarbeiter Nr. 2793 ist nebst einem Militärpaß verloren gegangen. Man wolle beides beim Genossen Hilpert, Karolengartenstraße 1 in Rixdorf abgeben.

Auf der Eisenbahn an der Nordringbahn am Wedding, die gestern eröffnet wurde, ist der zwölfjährige Schüler Heinrich Greß so unglücklich beim Schlittschuhlaufen zu Fall gekommen, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt und nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Ein Zusammenstoß zweier Oberfähnen hat am Montag bei dem herrschenden Nebel auf dem Müggelsee stattgefunden. Ferner wurde am Dienstag auf der Obersee, und zwar am Sörliger Ufer, ein mit Getreide beladener Kahn led, welcher beim Ausweichen eines ihm entgegenkommenden Fahrzeuges mit solcher Gewalt gegen die Quaimauer fuhr, daß sofort mehrere Planken des Vorderbügels brachen. Der Kahn sank, während sich die Besatzung desselben mit genauer Noth ans Ufer zu retten vermochte.

In der Revolveraffäre, über die wir in Nr. 277 berichteten, geht uns von dem Handelsmann Rudolf Amelang, Mügenerstr. 8, eine Zuschrift zu, in der er erklärt, daß er zwar bei der geschilderten Angelegenheit einen ungeladenen Revolver aus seiner Ueberrücktasche hervorgezogen habe, doch sei dies in höchster Aufregung geschehen, nachdem der betreffende Schutzmann sich an seiner Mutter vergriffen hatte. Es sei auch unrichtig, daß die Mutter ihm oder den auf dem Wagen befindlichen Kindern den Revolver zugestiftet habe, und ferner habe er mitzutheilen, daß er die Waffe immer rückwärts gehalten und sie zum Schluß sogar fortgeworfen hatte. Die Sache sehe also lange nicht so schlimm aus, wie die anfängliche Darstellung vermuthen lasse.

Ein Feuer, das auf Brandstiftung zurückgeführt wird, entstand in der Nacht zum Mittwoch um 2 Uhr auf dem Grundstück Hauptstraße 8 in Schöneberg. Ein großer Futterstapen, der dem Möllereibesitzer Sauerland gehört, brannte total aus. Nur mit Mühe gelang es, den im Schuppen schlafenden Rutscher zu retten.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Mittags wurde ein Mann vor dem Hause Oberwasserstr. 13 durch eine Droschke überfahren und anscheinend schwer verletzt. — Von der Königin-Augusta-Strasse sprang Abends ein obdachloser Bürstenmacher in den Landwehrkanal; er wurde alldort wieder herausgezogen. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 12. Dezember 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stark 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius. — + R.
Zwinnemünde .	771	SO	3	Dunst	-4
Hamburg . . .	768	SO	1	Dunst	-3
Berlin	771	SO	3	Nebel	-5
Wiesbaden . . .	770	O	2	heiter	-2
München	769	NO	3	wolkenlos	-3
Wien	773	WS	1	bedeckt	-5
Paparanda . . .	761	S	2	bedeckt	-10
Petersburg . . .	769	SS	2	bedeckt	-8
Const	762	SSW	3	wollig	10
Aberdeen	757	WS	2	halb bedeckt	-4
Paris	767	O	2	bedeckt	-3

Wetter-Prognose für Donnerstag, 13. Dezember 1894. Theils heiteres, theils nebeliges Wetter mit gelindem Frost und schwachen südlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Die Versammlung der Schlächtergesellen, welche am 4. November d. J. in den Armnhallen, Kommandantenstraße, stattfand, hat gestern in Moabit ihr Nachspiel gehabt. Die Versammlung, welche den Zweck hatte, die Mißstände in der Wurf-fabrik von August Hoffmann, Brüdenstraße 10, aufzudecken, konnte bekanntlich nicht konstituirt werden, weil die Schlächtermeister durch Aufzuz in ihrer Fachzeitung alle Kollegen aufgefordert hatten, die Versammlung ihrer Gesellen recht zahlreich zu besuchen. Böhmlich geöffnet kamen von allen Seiten Gesellen und Meister herbei, so daß schon lange vor Beginn der Versammlung Niemand mehr Einlaß in den Saal finden konnte. Ehe aber ein Vorstand gewählt war, kam es schon zu Reiverleien, die Ausruf: „dumme Jungen“ flogen hinüber und herüber, während von Seiten der Meister als Riabangefang „Deutschland, Deutschland über Alles“ angestimmt wurde. Schließlich war der Einbruch gezwungen, die Versammlung wegen Unruhe zu schließen und nun kam es zu einer Schlägerei unter den Meistern. Während der Schlächtermeister Louis Jacob den Saal verließ, erhielt er aus dem Gebirge heraus einen Schlag mit dem Spazierstock über seinen Chapeau claque, daß derselbe einnickte und Jacob auf dem Kopfe eine Wunde davontrug. Als Attenäter wurde der Schlächtermeister Carl Greil gefaßt, welcher sich gestern vor der 130. Abtheilung Amtsgerichts I wegen vorläufiger Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges zu verantworten hatte. Der Angeklagte gab den Vorfall zu, bedauerte aber, sich so in der Person seines Kollegen geirrt zu haben. Er erklärte, daß er Jacob nicht von weitem erkannt und ihn für einen Sozialdemokraten gehalten hätte, weil er den Vorfall in der Versammlung übernehmen wollte. Trotz der Vorstrafen des Angeklagten, der zwei Mal wegen schweren Diebstahls und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurtheilt ist, kam derselbe gang außerordentlich milde davon. Er erhielt — man höre — 5 M. Geldstrafe ev. 1 Tag Gefängniß zuerkannt!

Verfassungen.

Am Montag, den 3. Dezember, fand im Konisenstädtischen Konzerthaus eine Versammlung der Freien Vereinigung der Kaufleute statt. Reichstags-Abgeordneter G. Wurm hielt einen sehr interessanten Vortrag über Kapital und Arbeit im Handelsgewerbe, der eine vortreffliche Erläuterung des kommunistischen Manifestes bildete. In seinen etwa anderthalbstündigen Ausführungen zeigte der Herr die Widersprüche unserer heutigen Gesellschaftsordnung, die dem Arbeiter, dem Produzenten, kaum die Mittel zum einfachsten Lebensunterhalt — und sehr oft selbst

diese nicht einmal — gewähre, und auf der anderen Seite dem Kapitalisten, dem Ausbeuter des Produzenten, die luxuriöse Lebenshaltung gekostet. Diese Zustände, die in unserer jetzigen Produktionsweise begründet sind, verfallmüßern sich naturgemäß täglich und zeitigen immer bedenklichere Auswüchse. Nur der von Marx und Engels wissenschaftlich begründete Sozialismus, beruhend auf der Produktion durch die Gesellschaft für die Bedürfnisse der Gesellschaft, sei im Stande, diesen Uebeln abzuwehren, und dies sei auch das Ziel, dem wir zustreben. Zur Erreichung desselben bedürfte es jedoch der politischen, sowie der ökonomischen Macht, für deren Erringung wir unsere ganze Kraft einzusetzen hätten. Mit einem warmen Appell zum Eintritt sowohl in die politische, als auch gewerkschaftliche Organisation, die einander ergänzen, schloß der Vortragende, dem der lebhafteste Beifall der Anwesenden das Einverständnis derselben mit dem Referat bezeugte. Beiläufig freisteigte Genosse Wurm auch den seit kurzem zwischen dem „Handels-Angeheften“ (Redact. J. Lutz, Berlin) und der Kaufmännischen Presse (Redakteur Dr. Quard, Frankfurt a. M.) entbrannten Streit über die Frage der Taktik — mit der sich auch eine am 1. Novbr. 94 stattgehabte Versammlung bereits beschäftigt hatte. — Wurm glaubte — auch in seinen späteren Ausführungen — das Vorgehen des „Handels-Angeheften“, sowohl in seiner Haltung gegen Quard, als auch in Hinsicht auf die Frage selbst, nicht billigen zu können. Er meinte, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen das Verbleiben des von Dr. Quard geleiteten „Vereins Kaufmännischer Angestellter“ in Frankfurt a. M. im Verbande kaufmännischer Vereine wohl zu begreifen sei. Eine Verweisung des Vereins, eine Verleugnung des Parteistandpunktes sei darin nicht zu erblicken. Er vermißte hierbei auf das Beispiel der Arbeitergewerkschaften, die in ihrem Statut der § 1 hätten: „Mit politischen und religiösen Fragen hat sich der Verein nicht zu beschäftigen.“ Er verspreche sich von diesem Verbleiben im Verbande, wenn eine genügende innerliche Agitation getrieben werde, manchen Nutzen, während öffentliche Versammlungen oft nur für den Moment, nicht nachhaltig wirken. Den Ausführungen Wurms zu dieser Frage trat Heymann entschieden entgegen. An eine Eroberung des Verbandes sei gar nicht zu denken. Hieraus vertrat Blum ebenfalls den Standpunkt der Handelsangestellten.

Er betont, wir müssen unsere Kräfte gerade auf die äußere Agitation verlegen, der wir bisher auch all' unsere Erfolge verdanken. Von der sog. inneren Agitation in bürgerlichen Verbänden müsse unter allen Umständen abgesehen werden, da hierdurch der Klassencharakter unserer Bewegung verwischt werde, den wir vor allen Dingen hochzuhalten hätten. Aug. Penn verpflichtet den Ausführungen Blums und Heymanns bei und verliest alsdann einige Stellen aus der „Kaufm. Presse“ von 1890, über die er sich sehr unfällig äußert. Wurm verlas nun eine von Quard verfaßte Erwiderung auf den letzten Artikel im „Handels-Angeheften“, deren Abdruck genannte Zeitschrift abgelehnt hatte, was Wurm mißbilligen zu müssen glaubte. Auf Penns Ausführungen habe er nur zu erwidern, daß wohl zu bedenken sei, daß jene von Penn kritisierten Stellen in der „Kaufmännischen Presse“ zur Zeit des Sozialistengesetzes erschienen. Quard seien aber auch damals die Hände gebunden gewesen, so daß es stets harte Kämpfe mit dem Präsidium des Kaufmännischen Verbandes gekostet habe, um überhaupt einmal einige kurze Notizen über die „freien Vereinigungen der Kaufleute“ in die Zeitung zu bringen. Jedenfalls sei ihm Quard seit mindestens 8 Jahren als Parteigenosse bekannt. Nach einigen kurzen Worten Boffe's wurde die Versammlung gegen 1/2 1 Uhr Nachts vertagt.

Vermischtes.

Aus Chicago wird berichtet, daß am Dienstag Abend zwei Kabel-Strassenbahnzüge im Washingtonstreet-Tunnel unter dem Chicagofuß zusammengestoßen sind. Beide Züge wurden zertrümmert. Drei Passagiere blieben todt, zwölf wurden verletzt. Die Trümmer geriethen infolge des Umsturzes der Ofen in Brand.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Part.) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr Abends abgehalten. Unverzagt und J. F. 55. Boykottirte Lokale.

Weber Drechsler. Wollen Sie, bitte, derartige Berichte an das Parteiblatt senden, das an dem Ort eingeführt ist. Die zweite Angelegenheit können wir nicht prüfen, wenden Sie sich an den Vertrauensmann an Ihrem Orte.
M. B. 1. Rein. 2. Ja.
B. 100. Der Stieglitz überwintert hier.
Out gekünte Freunde. Lokal boykottirt.
Restaurateur G. S. Loppaschewski, Königbergerstr. 34. Sie irren sich. Ihr Schreiben bedeutet keine Berichtigung auf Grund des § 11. Wenn Sie uns partout mit diesem Ding kommen wollen, so müssen Sie sich auch in den gefehligen Schranken zu halten wissen. Andersfalls bitten wir Sie um die Liebeshwürdigkeit, mit uns ohne Hinweis auf den viel mißbrauchten Berichtigungs-Paragrafen zu korrespondiren, wenn Ihnen daran gelegen ist, Ihre Wünsche in unserm Blatt offenbart zu sehen.
Urban. Sie haben nur zu recht. Die Rüge wäre nach der anderen Seite hin entschieden mehr am Platz gewesen.
H. E. A. Diese Frage läßt sich nicht im allgemeinen Rahmen beantworten, sondern muß nach den jeweiligen lokalen Verhältnissen beurtheilt werden. Wir sind glücklicherweise nur äußerst selten in der Lage, von der betr. „Bergünstigung“ Gebrauch zu machen.
Diskussion 100. Nach dem im Rheinland geltenden Codo civil hat ein verführtes Mädchen keine Ansprüche auf Alimende. Kammergerichts-Referendar Bierck war 1884—1887 sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter für Leipzig-Land.
G. Meier. „In Deutschland liegt unser Amerika.“
10. Unsin. Die beiden Betreffenden sind nach Absolvierung ihrer Dienstzeit als „gemeine“ Soldaten entlassen worden.
J. 2. 31. Spielfragen beantworten wir nicht.
Anatomic. Ein derartiges Geschäft schließt die Anatomie nicht ab.
Jurist. Wir haben Ihren Brief einem unserer Abgeordneten gezeigt und dann vernichtet.
Waltzer. Wir halten die Diskussion über diese Angelegenheit für geschlossen.
A. 2. Sie müssen genau angeben, um was für eine Rasse es sich handelt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
 Donnerstag, 13. Dezember.
Opernhaus. Hänsel und Gretel.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches Theater. Die Weber.
Berliner Theater. Heimgefunden.
Kessing-Theater. Drei Wappen.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Pariser Leben.
Reichens-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Bielliebchen.
Schiller-Theater. Krieg im Frieden.
Neues Theater. Figaro's Hochzeit.
Theater Unter den Linden. Der lustige Krieg. Tanz-Divertissement.
Sallealliance-Theater. Ueber'n Stand hinaus.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.
Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Vorher: Verbotene Liebe.
National-Theater. Die Weber.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater
Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
 Vorher:
Die ewige Braut.
 Piederpiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kren.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 In Vorbereitung: Ein fideles Corps. Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.

„Sanssouci“
 Kottbuserstraße 4a.
Sonntag, den 16. Dezember: Letzte Soirée
 (vor Weihnachten)
 der **Stettiner Sänger**
 (Meysel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Blank).
 Anf. 7 Uhr.
 Entree 50 Pfg.
Großes Weihnachts-Programm!

Passage-Panopticum.
51 wilde Weiber aus Dahomey.
 Die Hexenshantel, neueste Illusion.

Castan's Panoptikum.
 Englische Marionetten. Illusions-Caroussel.

Circus Renz
 Carlstrasse.
Donnerstag, den 13. Dezember cr., Abends 7 1/2 Uhr:
5. Konkurrenz-Galavorstellung.
 Wettstreit der hervorragendsten Künstler u. Künstlerinnen; jede Nummer doppelt besetzt. U. a.: Grande Quadrille de la haute egnitation, aer. v. 6 Damen u. 6 Herren. Der ospr. Heugt Edinburgh, vorgef. von Herrn R. Renz. Doppelvolttige d. Hen. Passio u. Gustav. Doppeljonglerie von Wip Agnes u. Alfred. Der phänomenale Hand-Equilibrist Mr. Jules Koller. Major Burk in seinen militär. Original-Exercitien etc.
 Zum Schluß:
Tjo Ni En.
 Neue Musikeinlagen, sensation. Tänze. Freitag: Zum 50. Male: Tjo Ni En.
 Fr. Renz, Kommissionsrath.

Danksagung.
 Hiermit sage Allen, die meinem Manne die letzte Ehre erwiesen, meinen tiefgefühltesten Dank.
 1539b
Wwr. Anna Pfeiffer.

Arbeiter-Bildungsschule.
 Die Mitglieder der beiden Volksbühnen werden besonders auf den Vortrag über Heinrich Heine am 13. Dezbr., aufmerksam gemacht. 55/16 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Steindrucker u. Lithographen, Berlin.
 Am 10. Dezember cr. verstarb unser Mitglied, der Steindrucker Herr Wilhelm Kerlin. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Dezbr. cr., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des freireligiösen Friedhofs, Pappel-Allee, aus statt. Um zahlreiche Theilnehmung bittet 1540b Der Vorstand.

Sargmagazin
 u. Beerdigungskomtoir.
 Schuhmacher, Swinemünderstr. 140.
 55/15

Christbaumkonfekt,
 reizende Neuheiten, nur genießbare Waare, 1 Kiste fort. Inhalt, circa 430 Stück 2 M. 50 Pf. 1 Kiste fort. Inhalt, circa 270 große Stücke 3 M. Siegfried Brod, Berlin, 46/14 Wilmannsstr. 37.

Möbel-Kaufgelegenheit
 bietet sich Brautleuten etc. im Möbelspeicher, 867g
Rosenthaler-Strasse 13, 1.
 Dasselbst finden täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außerordentlich billigen Preisen, gebrauchte und verlebte gewesene Möbel zu wahrhaften Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspinde, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nussbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Rutschspinden 40, Trumeaux 65, Paneelsophas 75, Blüschgarnituren 60 Mark. Herren-Schreibische, Schreibsekretäre, Buffets, Roullentische, Spiegel, alles stannend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager speicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Wildtübcl, Kannen, Satten, Mäse, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Rühlapparate, Buttermaschinen, Butterfacter, Drehrollen.
Jordan, Kl. Markusstr. 28.
Carl Meyer, a. d. Stadtbahn 23 II
 Versicherung, sucht Agenten bei Gehalt, Provision, Spesen. 921g
 Materialwaaren, Gemüse, Militär-Artikel verkauft wegen Bezugs nach außerhalb. Chausseest. 41, Gabriel. 1546b
 Deutsche j. Dogg., echt, Prachtexempl., verkauft billig P. Krusche, Weinbergsweg 15 c, Restaurant. 1546b
 Billard verl. Fichtestr. 20, Portier.
 Heberzieher werden ausgebessert. Rübiger, Mariannenstr. 36, 2 Tr. 1543b

Möbel-Handlung Rosenthaler-Strasse 13.
Damen-Tuche und Lodenstoffe
 in Resten, passend zu eleganten Blousen, Kleidern u. Mänteln, für halben Werth jetzt abzugeben. Tuchlager Hohorsteweg 11, L. nahe Rathhaus. Engel.
Achtung!
Zahnersay, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., Guckol, Kaufst. Pl. 2, Gasserstr. 12.
Mehl Backzuthaten
 liefert in anerkannt vorzüglicher Güte jetzt ganz besond. preisw.
P. Herrguth,
 Berlin, Müllerstr. 180 (Weddingplatz). Wiederverk. besond. Vorzugspreise.
Werkstatträume
 sehr preiswerth, sofort oder später zu vermieten, S., Schönleinstr. 15. 1550b
Musikinstrumente,
 Musikwerke, Harmonikas u. s. w., gut und billig, C. Sparfeld, Perlebergerstr. 20f. 1549b
Baustellen
 Ostbagn-Borort, spottbillig, verkauft Coopfer, Andreasstr. 77, Laden.
Parteiheine bill. g. verk. Zu erfragen Friedrichberg, Bartenbergstr. 68, im Restaurant. 1544b
Hoffmann's Festsäle, Oranienstraße 180. Sylvester-Abend, 5. und 6. Januar 1895 noch frei. 1536b
Zu meinem Geburtstag, Freitag, 14. Dezbr., erlaube ich mir Freunde und Bekannte einzuladen.
C. Schuhmacher,
 1543b Kochstr. 6.

Achtung! Wedding. Achtung!
Grosse sozialdemokratische Partei-Versammlung
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis
 am Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Reichert, Müllerstraße Nr. 7.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Bedeutung der Presse für das Proletariat. Referent Genosse M. Kiesel. 2. Diskussion. 3. Ueberrnehmen wir den Betrieb des „Vorwärts“ in eigene Regie? 4. Verschiedenes.
 297/6 Die Vertrauensperson.

Gr. Volksversammlung
 zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule
 am Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Flebig's Salon, Große Frankfurterstraße 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Manfred Wittich aus Leipzig über: „Heinrich Heine und seine Zeit“. 2. Diskussion.
 Zu diesem belehrenden und interessanten Vortrag lade alle Parteigenossen und deren Familien zu zahlreichem Besuch ein. Jedermann hat Zutritt!
 Der Einberufer.
 Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 1475b

Vereinszimmer
 für 15-20 Personen zu vergeben. Ringreies Bier (Echt Gulmbacher und Hohen-Schönhauser). 1510b
Matschke, Andreasstr. 18.
Kurfürstenhallen.
 Empfehle mein Restaurant, Saal, 2 Vereinszimmer und Kegelbahn. — Saal Sonntag, den 30. Dezbr., und am Neujahrstage noch frei. 1541b
Auswahl der Kaiser-Bräueri.
 Münchner Bürgerbräu. Weissbier. H. Sass, Kurfürstenstr. 31.
Achtung!
 Wo giebt's ein gut Glas ringreies Bier? Beim schlechten Weber! Kinder besucht den wieder, sonst kommt er morgen (zu seinem Geburtstags) wieder 'nen Käfer. 1552b
Zoffenerstr. 1, „zur süßen Ede“.

Armin-Hallen
 Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
 von 20-600 Personen.
Saal u. Vereinszimmer
 zu Festlichkeiten u. Versamml. zu verg. 1535b
Pakuschke, Köllnerstr. 17.
Wohnungen, kleine freundl., sofort od. später. Grünauerstr. 25. 1533b

Arbeitsmarkt.
Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!
 Die Kollegen der Piano-Fabrik von Gös & Kallmann haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. **Zunng ist strengstens fernzuhalten.** 198/15 Die Lohnkommission.
Verfälscher verlangt Rixdori. Kirchhofstr. 55. 1532b

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Wucherprozess Mendel Treuherz und Genossen.

Siebenter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Hoppe eröffnet die Sitzung, zu welcher sämtliche 5 Angeklagte erschienen sind, um 9 1/2 Uhr. Nachdem Angeklagter Treuherz noch über einige bei der Hausdurchsuchung vorgefundene Quittungen vernommen worden, wird auf Wunsch des Vorsitzenden, Landgerichtsraths Dr. H. Lisch, noch der Direktor Werner von der Genossenschaftskasse des Stralauer Stadtviertels über die Bedingungen vernommen, unter denen diese Bank Darlehne gewährt.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann glaubt aus der Zeugenaussage feststellen zu können, dass neben anderen Erwomina als äußerste Grenze für die Darlehensgabe seitens Genossenschaftsbanken, namentlich solcher mit beschränkter Haftung, 9 pCt. angenommen werden können. — Der Zeuge schränkt dies dahin ein, dass dies nur auf kleineren Banken in eng begrenztem Bezirk bezogen werden könne.

Allseitig wird hierauf auf jede weitere Verweidung verzichtet und zur Begründung der Anklage erhält das Wort der

Staatsanwalt Strähler: Als im Sommer 1893 die erste Anzeige gegen Treuherz einging, wurde die Staatsanwaltschaft vor eine besonders schwierige Aufgabe gestellt. Es ist eine bekannte Erfahrung, dass ein einzelner Zeuge nicht ausreicht, um nachzuweisen, dass gewerbetreibender Wucher vorliegt. Es handelte sich daher für die Staatsanwaltschaft vor allen Dingen darum, Beweise zu beschaffen. Das war schwer. Bei der in der Treuherz'schen Wohnung stattgefundenen Durchsuchung ist die Andeutung eine minimale gewesen. Bücher und Skripturen wurden nicht vorgefunden. Der Angeklagte Treuherz verweigerte jede Auskunft, er nannte die Geldgeber nicht und er halte offenbar von vornherein sich Einnahme präpariert für den Fall, wenn einmal gegen ihn der Vorwurf des Wuchers erhoben werden sollte. Er hat niemals mit dem Geldsuchenden direkt verkehrt, sondern wies diese an seine Agenten, er ließ sich nie über die Verhältnisse der Darlehensnehmer unterrichten, sondern er verschleierte den Wucher dadurch, dass er niemals von der Höhe eines Darlehens sprach, sondern immer nur von dem Kaufe eines Wachsels. Eine zweite Schwierigkeit bestand in dem Zeugenmaterial. Bei vielen Zeugen besteht von vornherein eine große Abneigung, sich in einem solchen Prozess vernahmen zu lassen, und in dem Ermittlungsverfahren haben offenbar viele Zeugen nicht die Wahrheit gesagt; im Hauptverfahren sind dann immer viele Zeugen krank oder ihr Erinnerungsvermögen verlässt sie vollständig oder der Zeuge hat dann ein gewisses Anstandsgefühl, die Sache bezüglich der Notlage etc. nicht genau so darzustellen, wie sie zur Zeit der Darlehens-Einnahme wirklich lag. Deshalb ist es immer sehr schwer, die Notlage festzustellen. Unter solchen Umständen war es notwendig, ein Beweismaterial zu schaffen, welches durch seine Masse und Macht alle Zweifel unmöglich machte. Die Staatsanwaltschaft war sich von vornherein klar, dass es nicht in Bezug auf die Zeugen, noch auf die Höhe der ausgeliehenen Summen ein Exzessionsprozess heraufkommen werde. Dieser Prozess hat seine Bedeutung in der Entscheidung der Frage, ob es möglich ist, den einzelnen, gewissermaßen normalen Wucher überhaupt zu fassen. Es hat nicht ausseren ökonomischen Verhältnisse, die hier erörtert werden, denn es ist hier nicht, wie in Hannover, der Reichsinn und die Notlage ausgebeutet worden, sondern es handelt sich um den normalen Wucher, wie er in Berlin vielfach vorkommen mag. Deshalb musste der große Apparat aufgezogen werden. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass Treuherz Geldgeber, der Hintermann war, der seinerseits wieder Hintermänner hatte und mit anderen Geldgebern in Verbindung stand. Er nahm 10—15 pCt pro Vierteljahr. Die Zinssätze, das er auch mit Juwelen, Uhren etc. handelte, will gar nicht sagen. Es ist bekannt, dass ein großer Teil der als Wucherer bekannten oder verdächtigen Personen mit Juwelen oder mit Pferden handeln, es ist auch Übertrag und Kolliktion thalen, und es erweckt immer den Anschein, als ob unter diesen Umständen der Juwelenhandel nur den Zweck habe, den Wucher zu verschleiern.

Spiegel war zumeist nur Vermittler, daneben aber auch Geldgeber. Bruch war der gefährlichere Vermittler insofern, als er nicht mit den so zu sagen soliden Wuchern, sondern mit einem Pariser in Verbindung stand. Bei dem von ihm ermittelten Geschäft sind die Zinssätze auch wesentlich höher gewesen. Ein und wieder ist er auch mit Treuherz bzw. Spiegel in Verbindung getreten. Winter und Aufrecht, gegen welche nur ein einziger Fall erwiesen ist, waren Schlepper. Zugabe ist, dass Treuherz nicht Agenten geworden oder anderen Personen die Aufforderung hat zugeben lassen, ihm Darlehensnehmer zuzuführen. Aber er hatte den Ruf, dass ihm die Agenten auch ohne solche Aufforderung Leute zuführten. Der Staatsanwalt geht dann zu einer eingehenden juristischen Erläuterung der Begriffe „Wucher“ und „Notlage“ über, um zu dem Schlusse zu kommen, dass in vielen Anklagefällen die Notlage und die unverhältnismäßige Ueberzinsung des üblichen Zinssatzes erwiesen sei. Für die Notlage sei es gleichgültig, in welcher Vermögenslage sich der Darlehensnehmer im allgemeinen befindet und es komme nicht darauf an, ob den Angeklagten gesagt werde, dass sich die betreffenden Personen in guter Vermögenslage befänden, reiche Verwandte hätten etc. Die drei ersten Angeklagten erscheinen des gewerbetreibenden, die beiden letzten Angeklagten aber nur des einfachen Wuchers schuldig. Den Angekl. Treuherz kann der Einwand nicht schaden, dass es sich um sogenannte Geschäftswechsel handelte und dass er nicht wusste, welchen wirtschaftlichen Zwecken die Darlehne dienen sollten. Bei ihm und den übrigen Angeklagten liegt mindestens ein dolus eventualis vor, sie konnten schon aus der Höhe der bewilligten Zinssätze annehmen, dass es sich nicht um gewinnbringende Zwecke handelte und sie wussten genau, dass die Verschleierungen der Darlehensnehmer über ihre Vermögenslage nur Anreden waren, da diese wussten, dass sie andernfalls kein Geld erhalten würden. Der Staatsanwalt geht sodann die einzelnen Fälle der Anklage durch, in denen nach seiner Meinung wucherische Ausbeutung der Notlage bzw. des Reichthums vorliegt. Der Staatsanwalt beantragt gegen Treuherz 3 Jahre Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust; gegen Spiegel 2 Jahre Gefängnis, 3000 M. Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust; gegen Bruch 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust; gegen Winter und Aufrecht je einen Monat Gefängnis.

Gerichts-Beitrag.

Zu dem Wiedererfassung-Verfahren in der Pöple'schen Mordsache wird berichtet, dass sich auf Grund des an den Rechtsanwalt Wolff gerichteten und mit der Unterschrift „Mörder der Pöple“ versehenen Schreibens mehrere Personen bei der Kriminalpolizei gemeldet haben. Sie haben ausgesagt, dass die Handchrift in dem den verurteilten Kowalski entlassenden Briefe auf eine Frauensperson hindeuten scheint, die sich zu östlichen Wälen ausgeflogen habe, dass Kowalski den Mord nicht begangen habe und dass sie den eigentlichen Thäter kenne. Dieses Mädchen wurde als eine unverehelichte Pöple aus der Bogenstraße bezeichnet. Gemeint ist damit die 41 Jahre alte unverehelichte Anna Pöple, die früher in der Bogenstraße 48 wohnte, sich aber gegenwärtig Pflugschraube 8 bei dem Vater aufhält. Die Pöple ist am Mittwoch Morgen von der Kriminalpolizei zu ihrer Vernehmung in der Pöple'schen Mordsache vorgeführt worden. Die Sache hat aber bisher keinen Erfolg gehabt; denn nach Angabe der Angehörigen kennt die Familie Pöple weder die Pöple, noch deren mutmaßlichen Mörder Kowalski. Auch weiß sie nicht, wer sonst den Mord ausgeführt haben könnte. Erweisen sich diese Andeutungen des Vaters als richtig, so bleibt die Angelegenheit ebenso räthselhaft, wie zuvor, und die polizeilichen Nachforschungen müssen sich auf weitere Anhaltspunkte richten.

Eine Anklage, welche weitere medizinische Kreise lebhaft interessirte, gelangte am 10. d. M. vor der Strafkammer in Köslin zur Verhandlung. Wegen fahrlässiger Tödtung mit Verletzung einer Verpflchtung hatte sich der praktische Arzt Dr. med. Lesser Simon zu Köslin zu verantworten. Lessers hatte am 16. Februar d. J. bei einer Patientin unter Anwendung der Kauter ohne einen zweiten Arzt hinzuzuziehen einen höchst gefährlichen, heutzutage chirurgischen Gesichtserkrankungen Eingriff mittels der Kauter in der Gegend der Nase vorgenommen. Es fand dabei eine Durchbohrung des Uterus statt und die Frau ist ohne zum Bewusstsein zurückzukehren, einige Stunden nach der Operation infolge innerer Verblutung verstorben. Die beiden Obituaristen Sandström, Heidenhain und Sandström haben in der Verhandlung zu dem Ergebnis, dass dem Angeklagten sein Verhalten zum Vorwurf zu machen sei, welches nicht als eines unterrichteten und vorsichtigen Arztes angesehen sei. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er ohne die nöthige chirurgische Qualifikation eine Operation ohne die nach der Ansicht von Autoritäten vorhandene Indikation vorgenommen und sich des ungenügenden, in der Hand eines ungebildeten Operateurs gefährlichen Instrumentes bedient habe. — Ein Oberassistent des Medizinalkollegiums der Provinz Pommern bejahte die Frage, ob der Tod der Frau auf ein fahrlässiges Verhalten des Angeklagten zurückzuführen sei. Auch ein von der Pommerschen Deputation für das Medizinalwesen abgesetzter Oberassistent kam zu dem Schlusse, dass der Tod herbeigeführt sei durch Mangel an Verstand und regelloses Verfahren seitens des Angeklagten. In der Hauptverhandlung, die sich bis zum Abend andehnte, standen dem Angeklagten die Gutachten der Professoren Dr. Gasserow, Berlin, Prof. Dr. Kunge von der Göttinger Universität, Frankfurt und des Prof. Dr. Freid. von Preuschen, Greifswald zur Seite. Sie stimmten im Gegensatz zu den übrigen Gutachten darin überein, dass es sich bei dem Tode der Patientin um einen Unfallsfall gehandelt hat, wie er dem weniger Erfahrenen leichter vorkomme, als dem Regellary, der eine derartige Operation vielfach ausführt, dass aber eine fahrlässige Fahrlässigkeit des Angeklagten nicht vorliege. — Der Erste Staatsanwalt Blume beantragte drei Monate Gefängnis. Die Verteidiger, Rechtsanwälte Riederer, Köslin und Dr. Fritz Friedmann, Berlin plädierten dagegen auf Freisprechung des Angeklagten, da es doch vom Standpunkte des Laien unmöglich sei, ein Verbrechen des Angeklagten festzustellen, wenn die hervorgehobenen medizinischen Autoritäten so grundverschiedener Ansicht seien. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Etwas Folgen hat eine Karambolage vom 8. Juli d. J. für den Fuhrherrn Karl Albrecht Friedrich Wöllner aus Berlin gehabt, der gehernt unter der Anklage der fahrlässigen Verletzung eines Eisenbahn-Transportes und der fahrlässigen Körperverletzung vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stand. Der Angeklagte fuhr am 8. Juli mit dem ihm gehörigen Kesselwagen ein Stück Eisenbahn des Sängersfeldes von Schwandorf nach Berlin heim. Der Weg führte den Kurierbahnweg entlang. In der Nähe der Sängersfeldstraße fuhr Wöllner mit seinem Fuhrwerk so nahe an den Säulen der Dampfstraßenbahn, dass selbst den Insassen des Wagens gefährlich wurde und dieselben den Wagenführer ermalnten, mehr rechts zu fahren. Als schließlich ein Bahnzug hinter dem Kesselwagen herkam, stellte der Angeklagte sich, als hätte er das heilige Rind gar nicht und als nun gar die Postagiere darauf bestehen wollten, Wöllner solle ausweichen, da bog er plötzlich links auf das Geleise ein und kreuzte dasselbe. In der kurzen Entfernung ließ sich die Dampfstraßenbahn nicht mehr zum Stehen bringen; der hintere Teil des Kesselwagens wurde demselben angefahren, das der Wagen umfiel und sämtliche Insassen unter sich begrub. Der Arbeiter Thal und der Schlosser Porek wurden dabei erheblich verletzt. Der Angeklagte wollte vor Gericht behaupten, dass er das Säulen der Dampfstraßenbahn überfahren habe, er würde aber von seinen damaligen Fahrgästen des Gegenbeides überführt. Der Gerichtshof hielt die Fahrlässigkeit des Angeklagten für eine überaus grobe. Hatte derselbe die Signale des Bahnzugs überhört, so müsste er zweifellos die Warnungen seiner Fahrgäste hören und beachten. Mit Rücksicht auf die Erheblichkeit des angerichteten Schadens wurde die Strafe auf vier Monate Gefängnis bemessen.

Eine auch für die Berliner Verhältnisse nicht unwichtige Entscheidung hat nach der „Post-Ztg.“ das Landgericht in Breslau in einem Rechtsstreit der Breslauer Stadtgemeinde gegen die Polizeiverwaltung gefällt. Es handelt sich um die Frage, wer die Kosten für die ärztliche Behandlung und die Begräbnis der erkrankten Prostituirten zu tragen hat. Die Breslauer Stadtgemeinde ist der Meinung, dass diese Kosten als Kosten der Polizeiverwaltung vom Staate getragen werden müssen. Der Staat erkannte diesen Anspruch aber nicht an. Es wurde deswegen ein Rechtsstreit anhängig gemacht. Dieser ist jetzt, wie aus Breslau gemeldet wird, vom dortigen Landgericht als erster Instanz zu Gunsten der Stadtgemeinde entschieden worden. Einmal die weiteren Instanzen, an die der Rechtsstreit voraussichtlich noch kommen wird, dem Urtheile des Landgerichts in Breslau zu, so geht eine verhältnismäßig nicht geringe Kostenlast, die bisher von den Stadtgemeinden zu tragen war, auf die Staatskasse über. Für die

Stadtgemeinde Berlin liegen die einschlägigen Verhältnisse noch verwickelter als an den meisten anderen Orten. Auch hier sind schon Gegenstand eines Rechtsstreits geworden. Früher wurden alle erkrankten Prostituirten der Charite zugewiesen. In den letzten Jahren liegt aber deren Zahl so an, dass die für diese Kranken-Category verfügbaren Chariteräume nicht mehr ausreichen. Die Charitedirektion setzte eine Meistnahmestoffe fest und richtete an den Berliner Magistrat das Ersuchen, für das Mehr an Kranken dieser Art in anderer Weise Fürsorge zu treffen. Daraufhin wurde bei dem Arbeitshause eine besondere Krankenstation errichtet. Die Stadtgemeinde gab aber damit nicht den Anspruch, den sie an die Charite zu haben meint, auf. Sie leitete aus alten Kabinetordres die Verpflichtung der Charite her, alle erkrankten Prostituirten aufzunehmen. Die Errichtung einer städtischen Krankenabtheilung sollte nicht einen Verzicht auf das Recht der Stadt gegenüber der Charite bedeuten.

Versammlungen.

In der Generalversammlung der Orts-Kranken-Casse des Maurergewerbes vom 27. v. M. ist die Beibehaltung der freien Arztwahl einstimmig beschlossen worden. Die Frage, inwieweit die finanzielle Seite der Casse bei der freien Arztwahl mehr in Anspruch genommen werden, fand in folgendem ihre Beantwortung: Nach der von dem Magistrat amtlich herausgegebenen Betriebsberichten der Krankenkassen entfallen auf das Jahr 1892, zu welcher Zeit die Casse noch zum Gewerks-Krankenverein gehörte, pro Kopf an Arzthonorar 2,03 M., Arznei 3,44 M., Krankengeld 15,96 M., Kranenhaus 3,44 M., in Summa 24,87 M. Im Jahre 1893 bei freier Arztwahl unserer Casse: Arzthonorar 3,34 M., Arznei 3,30 M., Krankengeld 13,76 M., Kranenhaus 3,20 M., oder in Summa 23,60 M., mithin 1,27 M. weniger pro Kopf als 1892; entspricht bei einer Mitgliederzahl von 15 000 einer Minderzahlung von 18 000 M. pro 1893. Finanziell hat sich die Casse in diesem Jahre von 65 995 M. auf 133 379 M. gehoben. Da in allerjüngster Zeit von verschiedenen Kassen-Vorständen die Richtigkeit dieser Angaben bezweifelt werden, erbiten wir uns, jedwem Einsicht in unsere Kassenbücher zu gewähren.

Der Verband deutscher Maurer (Zahlst. I) hatte am 2. Dezember eine Versammlung einberufen, in der nach einer kurzen Besprechung über die inkorrekte Durchführung des Bierbojkotts seitens vieler Kollegen, der Genosse H. J. J. einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt über das Thema: Die Presse und ihr Beruf. Auf eine Diskussion wurde allseitig verzichtet. Im letzten Punkt der Tagesordnung: Unsere gegenwärtigen Verhältnisse im Beruf, tabellte der Bevollmächtigte das Verhalten vieler Kollegen, hauptsächlich das der Arbeitsnehmer, welche die Arbeiten unter jedem Preis annehmen, ja sogar soweit gehen, sich zu verpflichten, ohne jede Abschlagszahlung die Arbeit fertig zu stellen, unentgeltlich, wie es vorgekommen ist, am Schlusse gar nichts zu erhalten. Wird dann ein solcher Vandalenschwunder verurteilt, so entpuppt er sich gewöhnlich als nicht zahlungsfähig. Dieser Umstände einen Termin entgegen zu sehen ist nur eine scheinbare Organisation im Stande. Jeder Kollege müsse es sich deshalb zur Pflicht machen, den indifferenten Kollegen von dem Werth der Organisation zu überzeugen. Gelegetlich hierzu bietet sich allerorts, hauptsächlich jeden Sonntag Vormittag in den Kaulinhalten, wo wie bekannt, die Arbeitsvermittlung stattfindet.

Eine Mitglieder-Versammlung des „Biliale Moabit“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes tagte am 8. d. Mts. bei Hermerichs, Verlegerstr. 28. Kollege Hofmann referirte über „Rufen und Bedeutung der Gewerkschaften“. Ohne Diskussion über das Vortragsthema ging man zur Erledigung von Verbandsangelegenheiten über. Am nach dem bedeutendsten Mitgliederwachstums der Kasse für entlasten, wählte man den Kollegen Kunde zum Hilfskassirer sowie die Kollegen Hagen und Schulz zu Bibliothekaren. Der Bevollmächtigte gab bekannt, dass außer den 6 Zahlstellen in 50 nichtbezahlten Lokalen Moabit und Charlottenburg Aufnahmen vollzogen werden. Er hob dabei das anerkannterwerthe Verhalten der Kollegen, die als Vertrauensleute nun unumwundenlich diesen ziemlich ausgedehnten Apparat mit Material u. s. w. versehen, so dass schon heute diese Einrichtung gut funktionirt, besonders rühmlich hervor. Der Vorschlag, die „Metallarbeiter-Zeitung“ allsonntäglich Vormittags durch Mitglieder, denen je ein Rapon von einer oder mehreren Straßen zugeheilt wird, anzutragen zu lassen, wurde von der Versammlung freudig begrüßt. Mit diesem Modus der Zeitungsvertheilung soll gleichzeitig später die Abhebung der Beiträge erfolgen. Die Vorbedingung dazu ist nun, dass alle Mitglieder es sich zur Pflicht machen, ihre genaue Adresse anzugeben.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zahlst. I) hielt am 8. Dezember seine Mitgliederversammlung ab. Nach einer Besprechung über die Statutenänderungen, wählte man für die nächste Generalversammlung das Mitglied K. o. b. l. d. t. zum Delegirten. Sodann gelangte die Abrechnung des Hauptvorstandes vom dritten Quartal zur Verlesung und wurden hierauf einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Am 29. Dezember findet ein Weihnachts-Vergnügen statt. Arbeitsnachweis, Bibliothek und Verkehrslokal befinden sich bei Schloss Mariannen-Ufer 4.

In einer öffentlichen Kürschner-Versammlung, die am Sonntag Abend bei Seefeld, Grenadierstr. 33, stattfand, hielt H. L. Waader einen interessanten Vortrag, worin sie die wirtschaftlichen Umwälzungen durch die stetig sich entwickelnde Maschinen-Technik darlegte, die in ihren Folgen wesentlich mit dazu beiträgt, dass die Zahl der Arbeitslosen fortwährend wächst. Die Diskussionredner beschäftigten die im Meier kritisirten Verhältnisse als speziell auch im Kürschnergewerbe zutreffend. Im allgemeinen ist im Laufe von einigen Jahren, durch fortwährenden Kampf, ein Lohn von 18 bis 21 M. erreicht worden. Hauptächlich ging aber an die Kolleginnen die dringende Mahnung, mit den Männern Hand in Hand zu gehen als treue Mitkämpferinnen für bessere Zustände. Zum Schlusse wählte man die Kollegen Swars, Günther und Weife zu Revisoren über die Geschäftsfähigkeit der Vertrauensleute.

Nizdorf. In einer Versammlung des Verbandes der Möbelpolier sprach am 8. Dezember Kollege Kurth in einem interessanten Vortrag über das Hauptmann'sche Drama „Die Weber“. In der Besprechung über Werkstättenangelegenheiten wurde mitgeteilt, dass die Polier der Laborenz'schen Fabrik häufig Ueberstunden machen. Es scheint allerdings, als ob bereits Abhilfe geschaffen ist, denn es sind in letzter Zeit einige Arbeiter eingestellt.

Moabit und Wedding!

Grosse Versammlung

am Freitag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal von Reichert, Müllerstraße 7.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Genossin Frau Mesch über: „Die Frau und der Kapitalismus“. 2. Diskussion. 3. Aenderung des Vorstandes. 4. Verschiedenes, Aufnahme neuer Mitglieder.

Herren als Gäste willkommen. Zellerfassung findet statt.

Um recht zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bittet
Der Vorstand

des Frauen- und Mädchen-Bildungs-Vereins (F. i. a. Moabit).
Der wichtigsten Tagesordnung wegen werden die Mitglieder besonders ersucht, sämtlich zu erscheinen.

Sonnabend, den 15. Dezember 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Buske (früher Seefeld), Grenadierstr. 33:

Große öffentliche

Versammlung für Frauen u. Männer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldemar Manasse über: „Aberglaube“. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Tanzkränzchen**,

arrangiert vom

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins.

Eintritt à Person 20 Pf.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Heinrich Metzke, Oderbergerstraße 10.

180/11

Feste Preise.

Billige Uhren

das heißt nur gute Uhren



Uhren empfiehlt die Uhrenfabrik von C. Jägermann

Nachf., Berlin W., Friedrichstr. 77, nahe Jägerstraße.

H. A. U. Weckeruhren, Mk. 2,90.

Best. deutsch. Fabrik.

Solide, gute Nickel Remontoir-Uhren „ 9-10.

Silberne la. Rom., Marke Teutonia m. Goldrand Mk. 20.

Silberne do. do.

Marke Jägermann „ 25.

Goldene, gute Damenuhren, 10 Steine „ 25.

do. 14 Karät., starke Gehäuse „ 36-50.

Regulateure, 14 Tage geh., i. Nussbaumgeh. „ 12-35.

in 100 verschiedenen Ausführungen.

Jede Uhr ist sorgfältig abgezogen und gut reguliert und wird für guten Gang 3 Jahre schriftlich garantiert.

Es wird freundlichst gebeten, die Preise in meinem Schaufenster zu beachten!

Specialgeschäft für Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte und Vogelfutter von H. Matthies,

Grüner Weg 70 (nahe d. Koppenstr.)

empfiehlt Wiener oder Kaiser-Ausgangsmehl 5 Pfund 90 Pf. Weizenmehl beiter Sorte 5 Pfund 65 Pf. Weizenmehl zweiter Sorte 5 Pfund 60 Pf. Türl. Pfannkuchmehl sehr süß und wohlschmeckend à Pfund 20 Pf. [1137L]

Knaben-Garderoben

für das Alter v. 2-16 Jahr empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Flicken gratis.

W. Gesell, O. Koppenstr. 85 pl.

2 Min. v. Schlesischen Bahnhof.

Turner!

Da das Lokal Oranienstraße 51 den bau-
polizeilichen Anordnungen nicht entspricht, findet
die Versammlung nicht dort, sondern in den
„Central-Behältern“, Oranienstr. 180,
statt. Fr. Gentz, Trebnowstraße 26a.

Billig. Auf 3 M. Honigkuchen Billig.

1 Mark 10 Pfennig Rabatt.

Christbaumbehang, Marzipan, Schokoladen etc. verkauft zu Fabrikpreisen
die Deutsche Honigkuchen- und Schokoladenfabrik von O. Bocklitz,
Leipzigerstr. 110, Rothes Schloß 2, Brunnenstr. 177, Invalidenstr. 198. [1545b]

Eger's Warenhaus, Weidenburgerstraße 17.

Um mit meinem in allen Theilen gut sortierten Lager in
wollenen, baumwollenen u. leinenen Waren, besonders wollenen
Herrenwesten und Damen-Morgenschleier und Hauskleidern zu
räumen, verkaufe ich zu den Feiertagen zu ganz besonders herab-
gesetzten Preisen. Eger's Warenhaus, Weidenburgerstr. 17.

Beantwortlicher Redakteur: J. Diehl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, S.W., Zeugstraße 2.

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke

Einzelverl. z. Fabrikpreisen.

Verkaufsstellen direkt in der Fabrik
Stallschreiber-Strasse No 50/51, 1 (Ecke Alexandrinenstrasse) und
Jerusalem-Strasse 65 (Gaden, an der Kirche).

Sämtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen
fachmännischen Leitung hergestellt. Telefon Amt IV 9790.



Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen

Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25

Carl Mampe
Urkort. Fabrik Berlin, N. 28

E. Vogtherr, Berlin,

O., Langestr. 102 und NW., Stephanstr. 29.

Eisen- und Stahlwaaren-Handlung.
Lager v. Werkzeugen u. Haus- u. Küchengeräthen.

Praktische Festgeschenke:
Laubsägen, Schlittschuhe, Schlitten, Tisch- u. Hängelampen etc.
in großer Auswahl zu billigsten Preisen. 12098*
Freie Zusendung. Fernsprech-Anschlüsse.

Sumatra, deckt mit 1 1/4 Pfund, hell, brennt schneeweiß,
per Pfund 3,30 Mark, verkauft
Carl Roland, Mariannenstraße 23.

Album- und Lederwaaren-Fabrik
O. Gundau,
30 Oranienstr. 30, Ecke Kopalberstr.
empfiehlt sein großes Lager aller Arten
Lederwaaren und Schmucksachen, wie
Broches, Ohrringe, Armbänder, Goldketten,
Ringe, Uhrenketten, Rämme etc. zu den
billigsten Preisen. - Cigarrentaschen in
Schaffeder mit Stickeri und Gold-Mono-
gramm von 1,25 Mark an. 11652*

August Schulze
35 Goldarbeiter 35
Tr. Kommandantenstr. 1 Tr.
Trappings: massiv gold. Ringe, Ketten, Armbänder, Broche, Ohrringe, Granaten, Korallen. Bitte auf Haus-
2 Dukaten 21 M. No. zu achten.

Fritz Bock, Herren- u. Knabengarderobe,

Schneidermeister, Oranienstr. 204.
fertig und nach Maß. - Garantie für tadelloser Sitz.
Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen.
Bestellungen in kürzester Zeit. - Billigste, feste Preise. 11612*

Wegen Umbau meiner Geschäftsräume

gelangen die Restbestände meines seit 21 Jahren be-
stehenden Waarenlagers:

Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portièren! Feinwaaren!

zu spottbilligen Ausverkauf.
Preisen zum

Am Stadt- Am Stadt-
bahnhof borse.
J. Brünn
4. Hackescher Markt 4.

Haben Sie schon Erste Berliner
Malzkorn-Bremerei
Siedmann & Co.
BERLIN, S.
Meffenbachstr. 35.
probiert?

Feinster Malz-Branntwein.

Preis per Liter-Fl. 1 | Zu haben in allen Delikatessen- und
W. 1,20. | Kolonialwaaren-Geschäften.
Postversandt: Kiste mit 2 Liter-Flaschen franco unter Nachnahme von 3 M

Tausend Modell Damen

Abendmäntel aus Seide wartiert 9,00 bis
15,00, hochlegant mit langem echten
Pelzhaum 20-30. Neuheit Winter-
jaquets-Mäntel mit abnehmbarem Care
6-20, Seidenfeat-Blüschjaquets mit
kleinen unscheinbaren Webeflecken 15
bis 40 (Regenmäntel, um zu räumen,
5-15) Landsbergerstr. 48, 1 Tr.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königsstr. 59, vorn l., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
Zahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Nussbaum-Kleiderständer 30, Stühle
3 Mark, hochfeine Plüschleiderständer
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Schreibtischbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Bancel-
sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M.,
Betten, Couchentische, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbelspeicher Berlin zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
sollen bis Januar kostenfrei stehen
bleiben und werden durch eigene Ge-
spanne transportiert und aufgestellt.

In Roh-Tabaken

und Utensilien für
Cigarren-Fabrikanten

!! billigster

Einkauf!!

W. Hermann Müller

Berlin
Alexanderstr. 22.
Strong reelle Bedienung.

Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)
Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.
circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenlocken, in
reizenden Jacquard-Mustern, Größe
150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger
Preis 5 M.
Meine illustrierte Preisliste über hoch-
feine Stepp- und Schlafdecken gratis
und franko.

Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstraße 158.

Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200-1000 M. Zahlung
gestattet. Elegante Nussbaum- u. Maho-
goni-Kleiderständer u. Vertikals 30 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Waschtisellen, Küchen-
spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 8 M.;
Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus
65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
Bancel-sophas 80 M.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebraucht) zu halben Preisen
und sollte es Niemand versäumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L
am hiesigen Plage wie bekannt
größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.
Strong reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
beim. Montabate sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Steppdecken auch einzeln, in der
Fabrik Oranienstr. 126 I